NR. 143 11.12.2014

www.laender-analysen.de/ukraine

NEUE KOALITION UND REGIERUNG
OLIGARCHEN
WAFFENSTILLSTANDSVERHANDLUNGEN IN DER OSTUKRAINE

- ANALYSE
  Die Koalition steht. Neue Machtverhältnisse im ukrainischen Parlament 2
  Von Dmitri Stratievski, Berlin
- ANALYSE
  Die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrags 5
  Von Tadeusz A. Olszański, Warschau
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Abstimmung über das neue Ministerkabinett 7
  Die zweite Regierung Jazenjuk: Besetzung der Kabinettsposten 7
- DOKUMENTATION
  Aktionsplan der zweiten Regierung Jazenjuk 10
  Kritik an neuem Informationsministerium 13
- UMFRAGE
  Vertrauen in die Regierung, den Präsidenten und das Parlament im Jahr 2014 14
- ANALYSE
  Die Oligarchen und die Politik in Kriegs- und Krisenzeiten. Wie kann das eherne Gesetz der Oligarchie in der Ukraine gebrochen werden? 18
  Von Inna Melnykovska, Berlin
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Vermögen der Oligarchen Anfang 2014 22
- DOKUMENTATION
  Waffenstillstandsverhandlungen in der Ostukraine 24
- CHRONIK
  24. November – 7. Dezember 2014 27

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause Ende Januar 2015.
Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2015!

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

ANALYSE

Die Koalition steht. Neue Machtverhältnisse im ukrainischen Parlament

Von Dmitri Stratievski, Berlin

Zusammenfassung:

Mehrere Beobachter hatten im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Ukraine mit einer langen Suche nach einer Mehrheit in der neuen Werchowna Rada gerechnet bzw. dauerhafte Grabenkämpfe zwischen »Friedenspartei« und »Kriegspartei« prophezeit. Im politischen Lexikon der Ukraine hat sich das Wort *koaliziada* als Ausdruck eines langen Tauziehens um eine neue Koalition nach der Wahl durchgesetzt. Entgegen diesen Erwartungen haben die wichtigen politischen Akteure zu einer raschen Einigung gefunden und am 21. November 2014 einen Koalitionsvertrag präsentiert. Am 2. Dezember gab das ukrainische Parlament grünes Licht für die neue Regierung.

Ausgangssituation

Zum ersten Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine sind im Parlament die Parteien und Bündnisse dominant, die sich zu einem westorientieren Kurs bekennen, das heißt einen Beitritt zur EU anstreben und im Wesentlichen eine enge Partnerschaft mit den USA pflegen möchten. Derzeit besteht die Rada aus 420 Abgeordneten, darunter 147 vom Poroschenko-Bündnis, 83 von der Volksfront Jazenjuks, 40 vom Oppositionellen Bündnis, 32 von der Radikalen Partei Ljaschkos, 22 von der Selbsthilfe Sadowyjs und 19 von der Vaterlandspartei Timoschenkos. Den Gruppen Volkswille (Ihor Jeremejew) und Wirtschaftliche Entwicklung (Witalij Chomutynnik) gehören 20 und 19 Parlamentarier an, 38 Abgeordnete sind fraktionslos. So können die Väter einer prowestlichen Koalition mit einer stabilen und komfortablen Mehrheit von über 300 Mitgliedern der ukrainischen Legislative rechnen, die dazu noch von etwa 30 weiteren Volksvertretern toleriert werden. Im neuen ukrainischen Parlament haben die Kleinparteien im Gegensatz zu vergangenen Perioden keine »Goldene Aktie« mehr, da allein eine Koalition zwischen Poroschenko-Bündnis und Volksfront schon eine Mehrheit von 230 Sitzen haben könnte. Ungeachtet dessen waren den kleineren Fraktionen bei der Koalitionsbildung nicht nur Komparsenrollen zugeteilt.

Vor der Parlamentswahl beschränkten sich die führenden Akteure auf kaum bindende Aussagen. So hat Petro Poroschenko eine schnelle Koalitionsbildung »binnen zehn Tagen« versprochen und verkündet, dass dazu alle Maidan-Parteien eingeladen seien, ohne diese Parteien beim Namen zu nennen. Zugleich bezeichnete Jazenjuk den Präsidenten als »unseren strategischen Partner«.

Konfliktlinie zwischen Poroschenko und Jazenjuk

Aus machtpolitischer Perspektive zeichnen sich starke Gegensätze zwischen Poroschenko und Jazenjuk ab. Die neue Konfliktlinie in der ukrainischen Politik verläuft zurzeit entlang der künftigen Szenarien der Anti-Terror-Operation bzw. zwischen einem härteren und einem gemäßigten Kurs gegenüber Russland, auch wenn alle führenden Köpfe der ukrainischen Politik entschlossen zur territorialen Integrität des Landes einschließlich der Krim stehen und die russische Einmischung aufs Schärfste verurteilen. Die Gruppen um Poroschenko und Jazenjuk repräsentieren jedoch unterschiedliche Entwicklungsvisionen. Im Fokus steht die Frage, ob die ukrainische Armee zum aktuellen Zeitpunkt in der Lage ist, diese Integrität mit Waffengewalt wiederherzustellen, oder ob unter Berücksichtigung der Realitäten eher auf Verhandlungskunst und Unterstützung aus dem Westen gesetzt wird. Machtpolitisch ringen die beiden Galionsfiguren der gegenwärtigen politischen Landschaft um eine Vormachtstellung innerhalb der ukrainischen Führungsriege. Die Koalitionsverhandlungen machten das anschaulich. Man erlebte in ihnen die Anfänge einer zweiten Auflage der Juschtschenko-Timoschenko-Rivalität aus der Zeit nach der Orangen Revolution. Während der Staatspräsident mehrere Prominente wie Jurij Luzenko und Witalij Klitschko für seine Seite gewann, bekräftigte der Premier seine Führungsansprüche zusammen mit Hardlinern aus Politik und Gesellschaft wie dem ehemaligen Chef des Sicherheitsrates Andrej Parubij, dem Kommandeur des Freiwilligenbataillons Jurij Beresa, dem meistzitierten Berichterstatter der Anti-Terror-Operation Dmytro Tymtschuk und anderen, die für eine Fortsetzung des aktiven Kampfeinsatzes im Osten stehen.

Beide Lager haben ihre Koalitionswunschmodelle der Öffentlichkeit präsentiert. Am 29. Oktober 2014 hat Poroschenko seine Fassung des Dreier-Koalitionsvertrages aus seinem Bündnis, der Volksfront und der Selbsthilfe-Partei präsentiert. Die Journalistin Marija Zhartowska von der Zeitung Ukrajnska Prawda meinte, diese mögliche Koalition würde »unter totaler Kontrolle« Poroschenkos stehen. Damit sollten offensichtlich die »unberechenbaren« Populisten, vor allem um Ljaschko, ausgeklammert werden. Für das Staatsoberhaupt sei eine Versöhnungsbotschaft an die Gesellschaft offenbar wich-

tiger als das Säbelrasseln der Radikalen. Selbst in einem kriegsähnlichen Zustand muss man sich laut dem Staatschef auf die Wirtschaft, die Sanierung des Staatsapparates und die Korruptionsbekämpfung konzentrieren. Pragmatiker von der Selbsthilfe-Partei und Teilen der Volksfront würden vom Präsidialamt als natürliche Verbündete angesehen, während sich bei einer Einbeziehung der Anhänger des »Endsieges« im Osten die gesellschaftspolitischen Spielräume verengen würden. Jazenjuk zeigte seinen Unmut. Er bevorzugte eine Fünf-Parteien-Koalition aus allen Fraktionen, ausgenommen das Oppositionelle Bündnis. Nach seinem Kalkül ist eine breite Maidan-Koalition offenbar ein logisches Ergebnis der Massenproteste und des Sieges über Janukowytsch. So wurde das Oppositionelle Bündnis aus ehemaligen politischen Weggefährten Janukowytschs zum einzigen und für eine Mehrheit der Ukrainer nicht akzeptablen Gegenspieler im Parlament degradiert. Im Endeffekt einigten sich beide Unterhändlergruppen salomonisch: Dem Anspruch der Volksfront auf das Innenministerium wurde stattgegeben. Eine breite Koalition wurde ins Leben gerufen. Als Gegenleistung signierte Jazenjuk mit dem Koalitionsvertrag einen politisch ausgewogenen Text.

Koalitionsvertrag

Die Koalitionsvereinbarung der fünf Fraktionen wurde zum ersten Jahrestag der Maidan-Proteste am 21. November präsentiert. Die ukrainische Zeitschrift Korrespondent bezeichnete dies als »alte sowjetische Tradition«, weil in der Sowjetunion die großen Prestige-Projekte gerne zu Jahrestagen, etwa zum Jahrestag der Oktoberrevolution, vollendet wurden. Den 73seitigen Text veröffentlichte die Partei Selbsthilfe auf ihrer Homepage. Bereits in der Präambel nehmen seine Autoren Bezug auf die aktuelle Situation und betonen ihre Außergewöhnlichkeit: »Schutz der territorialen Integrität« der Ukraine, »temporär besetzte Gebiete«, »Erschießungen auf dem Maidan«. Der Vertrag beinhaltet wesentliche Passagen aus den Erstfassungen Poroschenkos und Jazenjuks und stellt einen Kompromiss dar.

Neben den zentral festgehaltenen Zielen wie der Wiedereingliederung der Krim in die Ukraine birgt der Vertrag samt Zeitplan mehrere Überraschungen. Viel Aufmerksamkeit wird dem geplanten NATO-Beitritt der Ukraine gezollt. Dieses Novum setzt aber die Änderung des im vergangenen Parlament beschlossenen außenpolitischen Strategiepapiers voraus. Bei der gegenwärtigen Konstellation in der Rada gilt die Zustimmung dazu bei der bevorstehenden Abstimmung als sicher. Ungern wird über die ablehnende Haltung einiger NATO-Mitglieder wie Deutschland und Frankreich gesprochen. Selbst im Kreis der Koalitionspartner lassen sich kritische Stimmen vernehmen, die darauf hinweisen, dass der NATO-Beitritt eigentlich eine Aufnahme in die Organisation auf Konsensgrundlage voraussetzt. Im Abschnitt Innenpolitik wird die Gründung der Nationalen Polizei und des Staatlichen Ermittlungsbüros geplant, die die Miliz ersetzen sollen. Eine Sonderabteilung zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und die Verkehrspolizei sollen abgeschafft werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Korruptionsbekämpfung und die Durchführung einer Gerichts- und Haushaltsreform gelegt. In der Verwaltung werden circa 20 Behörden aufgelöst oder umstrukturiert. Die ukrainische Presse kritisiert das Vorhaben als finanziell untragbar.

Ukrainische Experten machen darauf aufmerksam, dass der Osten der Ukraine im Koalitionsvertrag wirtschaftlich und politisch kaum Beachtung findet. Der Schwerindustrie wie der Metallverarbeitung und der Stahlproduktion wird im Vertrag keine einzige Zeile gewidmet. Die neue Koalition hat sich bereiterklärt, nicht profitable und staatlich subventionierte Bergwerke zu schließen, womit sie ganz bestimmt keine neuen Anhänger in Donezk oder Luhansk gewinnen wird. Die Bereiche Forschung, Wissenschaft, Kultur, Rente und Sozialversicherung werden sekundär behandelt, sie sind in dem fünfseitigen Abschnitt »Soziale und humanitäre Reformen« nur als Stichworte zu finden. Hingegen kann sich das Verteidigungsministerium auf eine spürbare Erhöhung seines Haushaltes freuen. Im militärpolitischen Teil des Vertrages spricht man von einer »ständigen Präsenz der Streitkräfte im Osten« und der Gründung von »autonomen Stützpunkten«, gemeint ist dabei: nach der Beendigung der »Anti-Terror-Operation«. So wird die Vorstellung geweckt, dass die »Ostler« unter Generalverdacht stehen bzw. dass Kiew von einer dauerhaften Konfrontation mit Russland ausgeht.

Der Koalitionsvertrag ist zweifelsohne reformorientiert und in vielen Punkten revolutionär. Seine Autoren verstehen die Erwartungen der Mehrheit der Gesellschaft, die eine zügige Wandlung im Geist der Maidan-Ereignisse verlangt. Offensichtlich versucht die Koalition, eine postindustrielle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts in einem Land mit einer De-Facto-Sowjetwirtschaft des vergangenen Jahrhunderts herzustellen, in einem Riesensprung, ohne die Schaffung einer neuen politischen Kultur. Die Lieferung von Metall ins Ausland garantierte dem ukrainischen Staatshaushalt aber 26 % der Gesamtexporteinnahmen (2013). Die chemische Industrie sicherte noch weitere 9,2 %. Die ohnehin stark angeschlagene ukrainische Wirtschaft ist durchaus nicht fähig, auf über ein Drittel der Exportgewinne ersatzlos zu verzichten.

Regierungsbildung

Der Parlamentsbeschluss über das neue Kabinett bedeutet der ukrainischen politischen Tradition zufolge eine

Bewährungsprobe für die Koalition: Wird klar für die Regierung gestimmt, bedeutet das die Funktionsfähigkeit der Koalition. Dabei kam es zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition. Die regierenden Fraktionen wollten eine Abstimmung über das ganze Kabinett, während ihre Opponenten eine Einzelentscheidung über jeden Minister verlangten, um dadurch mehr Redezeit für sich zu gewinnen. Die Forderung der Opposition unterstützten die Partei Selbsthilfe sowie einige politische Debütanten aus dem Poroschenko-Bündnis wie Mustafa Najem. Am 2. Dezember wurde Jazenjuk mit 341 Stimmen zum Premier wiedergewählt, wobei zwei Abgeordnete aus den Koalitionsreihen gegen ihn votierten und vier seiner Kollegen sich enthielten (s. Tabelle 1 auf S. 4). Über die neue Regierung wurde per Liste abgestimmt. 288 Volksvertreter waren für sie.

Die Personalvorschläge des Premiers für die Ministerposten waren bis zuletzt nicht bekannt. Eine Schnellanalyse der neuen ukrainischen Regierung ermöglicht den Schluss, dass die politischen Schwergewichte sich auf eine ausgewogene Kabinettszusammensetzung unter Einbeziehung alter und neuer Eliten geeinigt haben. Die neuen Minister sind in fünf Gruppen zu unterteilen (s. auch Tabelle 2 auf S. 7–9):

1. »Ausländer«: Außerhalb der Ukraine geborene Politiker, die allerdings eigebürgert wurden und Newcomer in der ukrainischen Politik sind: Aivaras Abromavičius (Litauen), Wirtschaftsentwicklung und Handel, und Natalia Jaresko (USA), Finanzen, sowie Oleksander Kwitaschwili (Georgien), Gesundheit.
2. Minister der Vorgängerregierung Jazenjuks: Pawlo Klimkin, Auswärtiges, Stepan Poltorak, Verteidigung. Arsen Awakow, Inneres, Pawlo Petrenko, Justiz, Serhij Kwit, Bildung und Wissenschaft.
3. Repräsentanten der alten Elite (Opposition oder regierungsnah): Hennadij Subko, Wohnen, Wjatscheslaw Kirilenko, Kultur, Walerij Woschtschewskyj, Vize-Premier, Pawlo Rosenko, Soziales, Ihor Schdanow, Jugend und Sport.
4. Kultureller und wohltätiger Bereich: Ihor Schewtschenko, Umwelt, Jurij Stez, Informationspolitik.
5. Geschäftsleute bzw. Vertreter von Großunternehmen: Wolodymyr Demtschyschyn, Energie und Kohlebergwerke, Oleksij Pawlenko, Landwirtschaft, Andrij Piwowarskyj, Infrastruktur, Hanna Onischtschenko, Ministerin im Kabinett.

Daraus resultieren folgende Beobachtungen:

- Beide mächtigen Spieler haben einen Erhalt des Status Quo erreicht. Gemäßigte und Härtere sind gleichermaßen vertreten.
- Die Wiederbelebung des Ministeriums für Informationspolitik bereitet vielen Journalisten Sorgen. Sie befürchten mögliche Einschnitte in die Presse- und Meinungsfreiheit im Zeichen »des Kampfes gegen die Separatisten«.
- Viele Minister sind für ihre Funktionen fachlich geeignet. Beide Parteien setzen auf bewährte Personen oder Freunde der Wirtschaft. Neu sind nur die frischgebackenen Politiker ausländischer Herkunft. In der Regierung sind keine Rechtsradikalen mehr vertreten. Ebenfalls nicht dabei sind Personen aus dem NGO-Bereich, die auf dem Maidan eine wichtige Träger- und Mediatorenfunktion übernommen haben. Die Mitglieder der Selbsthilfe-Partei etwa haben öffentlich auf Regierungsposten verzichtet, um sich auf die Arbeit an den Gesetzesentwürfen im Parlament zu konzentrieren. So hat der Lemberger Bürgermeister Sadowyj das Angebot abgelehnt, als Erster Stellvertretender Premier im Kabinett mitzuwirken.

Ausblick

Mit der Konstituierung des Parlaments und der Regierung ist der Prozess der Etablierung der neuen Postmaidan-Machtstrukturen vollendet. Die Ukraine hat gegenwärtig eine funktionsfähige Exekutive und eine funktionsfähige Legislative. Teilweise sind das Personen aus der alten Kaderschmiede der Kutschma-, Juschtschenko- und Janukowytsch-Ära, zum Teil jedoch auch neue Gesichter. Die Entscheidungsträger in Kiew werden mit vielen Spannungsfeldern konfrontiert werden, unter anderem mit den Aufgaben, die im Ermessen der Regierung liegen (Wirtschaftsreformen, Korruptionsbekämpfung) und mit solchen, die ohne Einbeziehung ausländischer Global Player nicht zu lösen sind (Frieden im Osten). Es läuft darauf hinaus, dass die populistische Strömung in den oberen Etagen der ukrainischen Politik deutlich abnimmt und der Pragmatismus Zulauf erhält. Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit die ukrainische Gesellschaft bereit ist, sich von der »revolutionären« Rhetorik zu distanzieren und sich auf einen harten Übergang vom im Kern sowjetischen, nur kosmetisch renovierten Herrschaftsmodell zu einer Demokratie einzustellen. In diesem Zusammenhang müssen die Bedürfnisse der sozial Benachteiligten berücksichtigt werden und dürfen nicht dem Turbokapitalismus zum Opfer fallen. Zudem müssen der zum ersten Mal in der Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus so mitgliederschwachen Opposition angemessene Rechte eingeräumt werden.

Über den Autor:
Dmitri Stratievski ist Politikwissenschaftler und Historiker sowie stellvertretender Vorsitzender des Osteuropazentrums Berlin e. V.

ANALYSE

OSW

Die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrags[1]

Von Tadeusz A. Olszański, Warschau

Der siebzig Seiten umfassende Koalitionsvertrag besteht aus einer Präambel, einer Liste der Reformpläne – einige werden kurz erläutert, einige nur aufgelistet – und einem knappen Regelwerk zur Arbeitsweise der Koalition.

Nationale Sicherheit und Verteidigung

In diesem Bereich sieht der Vertrag in erster Linie die Einführung des Begriffs »potentieller Feind« in der Verteidigungsdoktrin vor. Damit wird die Erklärung annulliert, dass die Ukraine keinen internationalen Blöcken beitreten wird. Stattdessen werden die Bemühungen, der Nato beitreten zu dürfen, fortgeführt und es wird festgestellt, dass es strategisches Ziel nationaler und ausländischer Politik ist, die »Souveränität der Ukraine in der Autonomen Republik Krim wiederherzustellen«. Im Zuge einer Reorganisation der Streitkräfte werden einige Einheiten in den Osten des Landes verlegt, bis 2019 müssen Nato-Standards bei den Streitkräften eingeführt werden und die Nationalgarde (die noch immer das Innenministerium unterrichtet) soll gestärkt und in das allgemeine staatliche Verteidigungssystem integriert werden. Rüstungsentwicklungsprogramme sollen überarbeitet werden, wobei Importe durch einheimische Produkte ersetzt werden sollen. Zudem gibt es Pläne zur Bildung einer nationalen militärischen und patriotischen (paramilitärischen) Organisation namens Ukrainische Militärorganisation, die die Basis des territorialen Verteidigungssystems sein soll.

Die zahlreichen Vorschläge zum Status der »zeitweise besetzten und zeitweise nicht kontrollierten Territorien« zeigen, dass der ukrainische Staat kein klares Konzept zur Krim und zum Donbas hat. Gleichzeitig sind sie aber auch das implizite Eingeständnis, dass er die Kontrolle über diese Gebiete zumindest für eine lange Zeit verloren hat.

Die Verfassungsreform

Es gibt Pläne zur Bildung einer Interims-Spezialkommission der Werchowna Rada zur Vorbereitung der Verfassungsänderung (aber nicht zur Entwicklung einer neuen Fassung). Der Koalitionsvertrag setzt keine Frist fest, innerhalb derer die Kommission den Änderungsentwurf präsentieren muss. Teile der Änderung werden sich aus den für sie relevanten der zahlreichen verschiedenartigen Punkte des Koalitionsvertrags ergeben, andere sind noch unbekannt. Bemerkenswert ist, dass die Präambel die Möglichkeit vorsieht, Abgeordneten ihre Immunität zu entziehen – was im Zuge der Diskussion des Koalitionsvertrags versprochen wurde –, dass dies jedoch nicht auf der Liste der geplanten Maßnahmen steht. Der Vertrag sieht nicht vor, dass ein Gesetz zur Amtsenthebung des Präsidenten und zur Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten verabschiedet wird. Das ist bemerkenswert, weil diese Änderungen bei zahlreichen Anlässen versprochen wurden und in der ukrainischen Öffentlichkeit großen Rückhalt besitzen.

Recht und Gesetz und die Justizbehörden

Das Thema Reorganisation von Strafverfolgungsbehörden und Justizverwaltung erfährt im Koalitionsvertrag viel Aufmerksamkeit. Die Nationale Polizei soll die *militsiya* (also die Verkehrspolizei) und andere bislang existierende Strafverfolgungsbehörden ersetzen. Ihre Angehörigen werden sorgfältig überprüft (zum Beispiel auf Korruption) und erhalten nummerierte Dienstmarken. Grenzschutz und Notfalleinheiten werden in die Strukturen des Innenministeriums integriert (was indirekt zur Abwicklung des Ministeriums für Notsituationen führt). Außerdem wird die Schaffung kommunaler Polizeistrukturen ermöglicht wird. Anders als in vielen Bereichen wurden für die meisten dieser Projekte keine Fristen festgelegt. Andere Quellen besagen, dass bereits Dienstmarken für die Polizei vorbereitet werden; das könnte bedeuten, dass die *militsiya* relativ schnell zur Polizei umgewandelt wird. Eine Änderung des Nominierungsverfahrens für Richter (die in der Verfassung festgeschrieben ist) sieht der Vertrag nicht vor, obwohl geplant ist, die Richter mittels eines Wettbewerbsverfahrens auszuwählen. Der Vertrag sieht weiterhin sowohl für Richter als auch für »ihre Familienmitglieder und mit ihnen im weitest möglichen Sinne des Begriffs verbundene Personen« die Einführung der Verpflichtung vor, Einkommen und Ausgaben offenzulegen. Das kann im Zweifel die richterliche Unabhängigkeit fördern. Das Prinzip der Unabhängigkeit der Gerichte (der Justiz) ist nach wie vor kein Thema; angestrebt wird ausschließlich das Prinzip, dass individuelle Richter beim Fällen ihrer Urteile unabhängig sein sollten. Zudem gibt es Pläne, Grand Juries einzuführen (nur für Kriminalfälle).

Wahlgesetz

Bei lokalen Wahlen und nationalen Parlamentswahlen wird das reine Verhältniswahlrecht gelten, wobei jedoch

1 Dieser Artikel ist die gekürzte Version eines Artikels, den das Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau am 26.11.2014 auf seiner Webseite veröffentlicht hat <http://www.osw.waw.pl/print/22775>. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

individuelle Kandidaten und nicht politische Parteien gewählt werden *[d. h. die Wähler kreuzen auf dem Wahlzettel nicht nur eine Partei, sondern konkrete Kandidaten an – Anm. d. Redaktion]* (was bedeuten könnte, dass Wahlbezirkslisten entworfen und Wahlbezirke umstrukturiert werden müssen). Das Mehrheitswahlrecht wird es künftig nur noch bei Gemeinde- und Stadtratswahlen geben. Bürgermeister großer Städte werden mehrheitlich und damit in Stichwahlen gewählt.

Lokalregierungen

Der Koalitionsvertrag sieht stark veränderte Kompetenzen von lokalen Regierungen und Behörden vor, ohne dabei jedoch die administrativen Grenzverläufe zu ändern. So werden die gewünschten Neuerungen – vor allem die finanzielle Stärkung der Lokalregierungen und die Bildung exekutiver Organe auf kommunaler Ebene – ohne Verfassungsänderung möglich (die Teilung in Oblaste ist in der Verfassung festgeschrieben). Sind diese Änderungen eingeführt und das Wahlrecht geändert, werden im Frühjahr 2015 schnellstens Wahlen abgehalten.

Wirtschaftsreformen

Der Schwerpunkt der langen Liste von Wirtschaftsreformen liegt auf einer Einschränkung der regulativen Funktion des Staates sowie auf der Einführung von aus dem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union resultierenden Lösungen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Die zahlreichen deregulierenden und Antikorruptionsmaßnahmen und eine Steueramnestie für 2016 sind Beispiele dafür, was der Koalitionsvertrag anstrebt. Es wurde angekündigt, dass die Zahl der Unternehmen reduziert wird, die von der Privatisierung ausgenommen sind, mit dem Vorbehalt, dass das Erdgastransportsystem zu hundert Prozent in staatlichem Besitz bleiben wird.

Kohlebergwerke und die dazugehörigen Unternehmen werden 2015/16 komplett privatisiert. Nicht verkäufliche Bergwerke werden abgewickelt. Der Staat wird die Modernisierung der bestehenden Bergwerke nicht länger subventionieren, den Bau neuer Bergwerke einstellen und ab 2021 jegliche Unterstützung der Kohleindustrie beenden. Die Umsetzung dieses Programm würde die ukrainische Kohleförderung möglicherweise nicht überleben – vor allem angesichts der Verwüstung in den von den Militäraktionen betroffenen Gebieten, die ohne staatliche Unterstützung kaum beseitigt werden können.

Die Ukraine wird ihren Kernenergiesektor weiterhin ausbauen und sich um eine Diversifizierung ihrer Energiequellen bemühen (einschließlich des Imports von Kernbrennstoffen); Ziel ist dabei, dass die Importe von Erdgas, Kohle, Öl und Mineralölprodukten zusammengenommen 30 Prozent jährlich nicht überschreiten.

Wie erwartet sieht der Vertrag keine Möglichkeit zum Freihandel mit landwirtschaftlichen Flächen vor. Stattdessen wird die Struktur landwirtschaftlicher Großbetriebe erhalten, die kleine im Besitz ehemaliger Kolchosenmitglieder befindliche Flächen (so genannte *pais*) verpachten. Die ukrainische Öffentlichkeit lehnt die Idee des Freihandels im Bereich landwirtschaftlicher Flächen klar ab; auch die meisten Koalitionsparteien sind gegen dieses Konzept. Die Position der *pais*-Besitzer soll gestärkt werden, indem eine minimale Pachtdauer und die Zahlung der Pacht in Geld statt in Naturprodukten (derzeit eine gängige Praxis) eingeführt wird.

Kultur- und Sozialpolitik

Tendenziell stärken Kultur- und Sozialpolitik, Gesundheitswesen und Arbeitsrecht (zu letzterem wurden keine Einzelheiten veröffentlicht) eher die nationale Identität, als die soziale Situation zu verbessern. Der Staat wird weitergehende Befugnisse haben, um in den Medien zu intervenieren. Offshore-Unternehmen werden beispielsweise nicht mehr im Medienbereich operieren dürfen, Medizin-, Alkohol- und Zigarettenwerbung werden verboten, die Unterstützung der »ukrainischen Kulturproduktion« wird anvisiert und so weiter. Bemerkenswert ist, dass es zwar Pläne zur Verbesserung der Altenpflege gibt, um die Lebenserwartung in der Ukraine zu steigern, dass jedoch keine Schritte zur Erhöhung der Geburtenrate vorgesehen sind (Profamilienpolitik enthält das Programm nicht).

Der Koalitionsrat

Nach langen persönlichen Gesprächen einigte man sich auf die Bildung eines Koalitionsrats aus jeweils drei Vertretern jeder Partei, unabhängig von der Größe der Fraktion; seine Entscheidungen müssen einstimmig sein. Dem Koalitionsrat, der vor jeder Plenarsitzung zusammenkommt, wurde de facto die Organisation der Arbeit des Parlaments übertragen, einschließlich der Festlegung ihrer Tagesordnung. Das wird diese Arbeit zumindest weniger transparent machen. Die Regelung, dass die Generalversammlung der Koalition »das alleinige Recht hat, dem Präsidenten den Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt vorzuschlagen«, ist verfassungswidrig, da dieses Recht der Werchowna Rada zusteht.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:
Tadeusz A. Olszański ist seit 1999 Analyst am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau im Team zur Ukraine, Belarus und den baltischen Staaten.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Abstimmung über das neue Ministerkabinett der Ukraine in der Werchowna Rada am 2. Dezember 2014

Tabelle 1: Abstimmung über das neue Ministerkabinett der Ukraine in der Werchowna Rada am 2. Dezember 2014

	Ja	Dagegen	Enthaltung	Nicht abgestimmt	Abwesend	Gesamt
Koalitionsparteien	278	1	14	4	6	303
Block Petro Poroschenko	136	1	6	1	3	147
Volksfront	80	0	0	2	1	83
Selbsthilfe	25	0	6	1	0	32
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	21	0	1	0	0	22
Vaterland	16	0	1	0	2	19
Oppositionsblock	0	0	0	2	38	40
Gruppe »Volkswille«*	0	0	0	11	9	20
Gruppe »Wirtschaftsentwicklung«**	1	0	10	2	6	19
Fraktionslose	9	0	6	1	22	38
Gesamt	288	1	30	20	81	420

** Der Vorsitzende der Fraktionsgruppe »Volkswille« ist Ihor Jeremejew, ukrainischer Oligarch mit Geschäftsinteressen in der Lebensmittelindustrie und im Energiesektor.*

*** Der Vorsitzende der Fraktionsgruppe »Wirtschaftsentwicklung« ist Witalij Chomutynnik, ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen. Am 21. Februar 2014 trat er aus der Partei aus und schloss sich später der neuen Parlamentskoalition an.*

Quelle: Werchowna Rada der Ukraine, <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_golos?g_id=58>

Die zweite Regierung Jazenjuk: Besetzung der Kabinettsposten

Tabelle 2: Die zweite Regierung Jazenjuk: Besetzung der Kabinettsposten

Amt	Amtsinhaber (Parteizugehörigkeit, Alter)	Frühere Ämter
Ministerpräsident	Arsenij Jazenjuk (Volksfront, 40)	Vizepräsident der Nationalbank der Ukraine (2003–2004), Wirtschaftsminister (2005–2006), Außenminister (2007), Präsident des ukrainischen Parlaments (2007–2008), Vorsitzender der Parlamentsfraktion der Vaterlandspartei von Exregierungschefin Julia Timoschenko (2012–2014), Ministerpräsident (seit Februar 2014)
Vizeministerpräsident	Walerij Woschtschewskyj (Radikale Partei, 58)	Dienst im Präsidialamt (2002–2003), stellvertretender Wirtschaftsminister (2003–2005), Vorstandsvorsitzender des Staatsunternehmens »Ukrainische Autostraßen«

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die zweite Regierung Jazenjuk: Besetzung der Kabinettsposten (Fortsetzung)

Amt	Amtsinhaber (Parteizugehörigkeit, Alter)	Frühere Ämter
Vizeministerpräsident, Kulturminister	Wjatscheslaw Kirilenko (Volksfront, 46)	Parlamentsabgeordneter (der Fraktionen Volksbewegung, Unsere Ukraine, Vaterland, Volksfront, 1998–2014), Minister für Arbeit und Sozialpolitik (2005), Vizeministerpräsident (2005–2006)
Vizeministerpräsident, Minister für regionale Entwicklung, Bauangelegenheiten, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	Hennadij Subko (Block Poroschenko, 43)	Arbeit in Privatwirtschaft, Abgeordneter des Stadtrats von Schytomyr (2006–2010), Abgeordneter des Regionsrats von Schytomyr (2010–2012), Parlamentsabgeodneter (Fraktion Vaterland, 2012–2014), erster Stellvertreter des Leiters des Präsidialamtes (Mai–Dezember 2014)
Ministerin für Kabinettsangelegenheiten	Hanna Onischtschenko (-, 30)	Rechtsberaterin in privaten Strukturen (2004–2014), Stellvertreterin des Justizministers (März–Mai 2014), Vorsitzende des staatlichen Registrierungsamtes (Mai–Dezember 2014)
Minister für Agrarpolitik und Ernährung	Oleksij Pawlenko (-, 37)	Tätig in der Privatwirtschaft
Innenminister	Arsen Awakow (Volksfront, 50)	Gouverneur der Oblast Charkiw (2005–2010), Vorsitzender der Partei Vaterland in der Oblast Charkiw (seit 2010), Parlamentsabgeordneter (2012–2014), Innenminister (seit Februar 2014)
Minister für Umwelt und natürliche Ressourcen	Ihor Schewtschenko (-, 43)	Tätig als Anwalt, Beratung staatlicher Gremien
Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel	Aivaras Abromawičius (-, 38)	Tätig in der Privatwirtschaft, bis Dezember 2014 litauischer Staatsbrüger
Minister für Energie und Kohleindustrie	Wolodymyr Demtschyschyn (40)	Tätig in Privatwirtschaft (2003–2014), Leiter der Nationalkommission für die staatliche Regulierung der Energie und Kommunaldienstleistungen (August–Dezember 2014)
Außenminister	Pawlo Klimkin (-, 46)	Dienst im Außenministerium (1993–2010), Stellvertreter des Außenministers (2010–2012), Botschafter der Ukraine in Deutschland (2012–2014), Außenminister (seit Juni 2014)
Minister für Informationspolitik	Jurij Stez (Block Poroschenko, 40)	seit 1997 Arbeit beim Fernsehsender NBM (5. Kanal), Parlamentsabgeordneter (Fraktion Unsere Ukraine, 2007–2012; Fraktion Vaterland, 2012–2014; Block Poroschenko, 2014)
Infrastrukturminister	Andrij Pywowarskyj (k. A.)	Arbeit bei Internationaler Finanz-Corporation (IFC) und in der Privatwirtschaft
Minister für Jugend und Sport	Ihor Schdanow (Vaterland, 42)	Berater des Präsidialamts (1994–1995), Arbeit im Sicherheits- und Verteidigungssekretariat (1997–1999), Leiter der politischen und juristischen Programme des Rasumkow-Zentrums (1995–1997, 1999–2005), leitende Positionen in der Partei Unsere Ukraine (2005–2007), Präsident des Think Tanks »Offene Politik« (»Widkryta polityka«)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die zweite Regierung Jazenjuk: Besetzung der Kabinettsposten (Fortsetzung)

Amt	Amtsinhaber (Parteizugehörigkeit, Alter)	Frühere Ämter
Verteidigungsminister	Stepan Poltorak (-, 49)	Militärdienst (seit 1983), Leiter der Militärakademie des Innenministeriums (seit 2002), Oberbefehlshaber der Nationalgarde (seit April 2014), Verteidigungsminister (seit Oktober 2014)
Minister für Bildung und Wissenschaft	Serhij Kwit (Block Poroschenko, 49)	Präsident der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie (seit 2007), Promotion an der Ukrainischen Freien Universität (München), Minister für Bildung und Wissenschaft (seit Februar 2014)
Gesundheitsminister	Oleksandr Kwitaschwili (-, 44)	Minister für Gesundheit, Arbeit und Sozialschutz Georgiens (2008–2010), Rektor der Nationalen Universität zu Tbilisi (2010–2013), bis Dezember 2014 Staatsangehöriger Georgiens
Minister für Sozialpolitik	Pawlo Rosenko (Block Poroschenko, 44)	Mitarbeiter eines Parlamentsabgeordneten (1994–2000, 2001–2005), Berater eines Ministers (2000–2001, 2005–2006), Leiter des Sozialpolitikdienstes des Präsidialamtes (2006–2008), Stellvertreter des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik (2008–2010), Parlamentsabgeordneter (Partei UDAR von Witalij Klitschko, 2012–2014)
Finanzministerin	Natalia Jaresko (-, 49)	Arbeit beim Außenministerium der USA, u. a. Leiterin der Wirtschaftsabteilung in der Botschaft der USA in der Ukraine (1992–1995), Tätigkeit in Investmentfonds in der Ukraine (1995–2014), bis Dezember 2014 Staatsangehörige der USA
Justizminister	Pawlo Petrenko (Vaterland, 35)	Anwalt (2006–2010), Abgeordneter des Kiewer Regionalrats (2010–2012), stellvertretender Vorsitzender der Partei Vaterland (seit 2013), Parlamentsabgeordneter der Partei Vaterland (2012–2014), Justizminister (seit Februar 2014)

Zusammengestellt von Kateryna Zelenska

Quellen zur Zusammensetzung der neuen Regierung: <http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/officialcategory?cat_id=247077361>; <http://file.liga.net>; <http://latifundist.com>; <http://korrespondent.net>

DOKUMENTATION

Aktionsplan der zweiten Regierung Jazenjuk

PM: Gov't proposes to spend up to 5% of GDP on national security, defense and law enforcement (09.12.2014)

National security, defense and funding of the Ukrainian army should be among the key priorities of the Government activity, Prime Minister of Ukraine Arseniy Yatsenyuk emphasized presenting a program of the Government activity at a meeting on Tuesday, December 9.

"We have set an ambitious goal to spend up to 5% of GDP on national security, defense and law enforcement. The Government is preparing a new law on the 2015 state budget of Ukraine with due regard to this goal," the Prime Minister stressed.

On "geopolitical security", Arseniy Yatsenyuk stressed the need to abandon the law of non-bloc status of Ukraine, "which had been adopted as a bribe to Russians": "Ukraine will adopt a new law on domestic and foreign policy fundamentals which will abandon its non-bloc status."

"The Ukrainian army must fully meet NATO standards. For this purpose, Ukraine will approve the Ukraine-NATO annual target action plan," he underlined.

"A soldier as well as participant of the anti-terrorist operation is the highest value of the army," Arseniy Yatsenyuk emphasized, recalling that the State Service of Ukraine on ATO Veterans and Participants had been established. Every ATO participant will be registered and receive an appropriate certificate.

"The Government sets out in the budget separate funding for all other social benefits and costs provided for ATO participants and veterans," he emphasized.

Arseniy Yatsenyuk underlined that the Defence Ministry had already started to implement a new scheme of logistics in the supply and maintenance of Ukrainian servicemen: ‚Such logistics will meet NATO standards."

The Government's program also provides the development of the military-industrial complex: "On the one hand, this will enable us to overhaul the Ukrainian army, on the other hand, it is also an additional trigger for Ukraine's economy growth."

Within the development of the military-industrial complex the Government set out in the programme the raising of Ukroboronprom's efficiency, transition to deeper bilateral convergence with foreign partners on military and technical cooperation, implementation of the four Trust Funds' program, which was proposed by NATO to Ukraine.

Over the next four years, the European Rampart project is provided for the construction and arrangement of the state border between Ukraine and the Russian Federation. For this purpose, according to Arseniy Yatsenyuk, a separate State Agency for State Border Arrangement is being created.

The Prime Minister reminded that Ukraine had already received from the European Union UAH235 million for the arrangement of the border and ensuring security at the border: "We will continue to work with our Western partners to finance the construction of the border at the expense of both international aid and the state budget."

He said the total cost of the project to be about UAH8 billion.

Arseniy Yatsenyuk underlined ensuring border security to be a key element of visa free regime with the EU. The Prime Minister informed that Ukraine would move to the next stage of preparation for visa liberalization with the EU from 2015: "The issuing of biometric passports in Ukraine will be launched in 2015. We are sure that Ukrainians with new biometric passports will be able to freely travel without visas to member states of the European Union."

The Prime Minister stressed that national security would be protected in international courts as well. He recalled that Ukraine had filed a series of lawsuits against the Russian Federation to compensate for losses caused by Russian military aggression against Ukraine: "Two lawsuits against the Russian Federation that are currently at the European Court of Human Rights will be considered and effectively completed. We have started filing a lawsuit with the UN International Court of Justice, accusing Russia of breaching the Counter-Terrorism Convention. Russia is financing terrorism and must be responsible for it."

As part of the development and implementation of the concept of information security, according to Arseniy Yatsenyuk, it is provided to launch international broadcasting: "The world must know what is happening in Ukraine. It should receive this information in English, German, French and other languages".

Moreover, according to the PM, it is planned to launch public television. Arseniy Yatsenyuk recalled that the Government had decided to establish a Public Joint Stock Company "National Public Broadcasting Company of Ukraine": "We will complete the privatization of the media and create effective public television in Ukraine."

Quelle: Information and Communication Department of the Secretariat of the CMU, <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=247805111&cat_id=244314975>

Gov't Action Program: A new anti-corruption policy and a new system of justice (09.12.2014)

The Government's Action Program provides the implementation of the Government's anti-corruption legislation, the establishment of the National Anti-Corruption Agency as well as the National Anti-Corruption Bureau, lifestyle monitoring of civil servants, reforming of the judicial system as well as the Interior Ministry, Prime Minister of Ukraine Arseniy Yatsenyuk informed presenting the Government's Action Program at a meeting on Tuesday, December 9.

Arseniy Yatsenyuk reminded that the Government along with the President of Ukraine had developed a package of five anti-corruption bills that had been already passed by the Parliament, "Now it's about the implementation of these laws. First of all—the creation and launch of the National Anti-Corruption Bureau, the establishment and effective activity of the National Anti-Corruption Agency that is a preventive body established to combat corruption."

The PM has emphasized the need for the introduction of electronic declaration of incomes and expenditures of all public officials as well as monitoring of civil servants whether their declared income corresponds their way of life.

According to him, a separate question is the adopted law regarding the disclosure of information about the real owners of the business and assets owned by Ukrainian citizens, including officials: "The country should know what they own, and who owns and on what grounds it was purchased."

Talking about the reform of law enforcement, Arseniy Yatsenyuk said that the Ministry of Internal Affairs had developed a concept of reform of the Interior Ministry and a bill on the National Police was being submitted to the Parliament, "Abolishing of a number of non-core functions of the MIA, including those post-Soviet departments designed to combat crime and corruption, which headed crime and corruption."

According to Arseniy Yatsenyuk, the establishment of the State Bureau of Investigation is one more task, "The approved law deprived the Prosecutor's office of the functions of general surveillance and, therefore, conducting the investigation. And the State Bureau of Investigation will take over the functions of an independent investigative body for the related crimes".

"Without fair and transparent courts in Ukraine this is worth nothing. The corrupt system in state courts is killing the state, destroying property in the state, destroying any hope for the future. Frankly speaking, there have been no real changes in the judicial system for the last nine months," he said.

"Our task along with the Parliament and the President of Ukraine is to adopt a new law of Ukraine on the status of judges and the judicial system as well as complete re-certification of judges of Ukraine. To do this, the High Council of Justice shall be formed and act effectively," he said.

Arseniy Yatsenyuk also said that the Government would initiate amendments to the Constitution of Ukraine on an introduction of a three-stage court system, "where the Supreme Court of Ukraine, as provided by the Constitution, would finally obtain the right of the highest judicial authority in the country."

It is also provided to simplify a number of judicial proceedings and ensure access to the judicial system. The Prime Minister stated that in the framework of this work amendments to all procedural codes of Ukraine would be submitted to the Parliament.

Quelle: Information and Communication Department of the Secretariat of the CMU, <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=247806002&cat_id=244314975>

A new governance policy: decentralization, deregulation, de-bureaucratization and responsibility (09.12.2014)

The core problems of a public administration system—bureaucracy, irresponsibility and centralization, "Our answer is decentralization, deregulation, de-bureaucratization and responsibility of each government official," stressed Prime Minister of Ukraine Arseniy Yatsenyuk in the course of presentation of the Action Program of the Cabinet of Ministers at the Cabinet's meeting on Tuesday, December 9.

The Head of Government accentuated the need to reduce the number of areas of convergence between business and Government.

"Primarily, Ukrainian state authorities should meet the standards that exist in the European Union. Together with the EU we have set up the Support Group for Ukraine, with hundreds of experts working in it, who are capable to provide us with an opportunity to completely reload the public governance system in Ukraine, starting with the Cabinet of Ministers of Ukraine and the relevant ministries and ending with various central government agencies, regulatory bodies and local authorities", he stressed.

In the Action Program the Government has envisaged the completion of a process of reducing supervisory bodies, "28 out of 56 regulatory authorities shall remain in a first stage. The Government has approved a corresponding decision, now we should ensure implementation of the decision".

Moreover, the Government decided to reduce in a first stage the number of supervisory functions from 1032 to 680, "In the next stage we will make changes to license laws, a separate package of deregulation laws, called to maximally eliminate all exaggerated functions of Ukrainian officials and to bring them to compliance with the standards and criteria of the European Union".

The Action Program contains specific draft laws and deadlines to approve these laws, "We lack time for a long discussion there, so it must be the first half of 2015".

"On deregulation issue we officially declare that Ukraine abolished the Soviet-time state standards", he said and informed that following the Association Agreement between Ukraine and the EU there will be introduced 1500 new standards, "We will have to spend a lot of time, as it is a complex technical work. And that is why we have set the deadline till 2016. These are optimistic deadlines which must be met".

In the framework of fiscal decentralization the Government, according to the PM, hands over a number of fiscal and taxation powers to local self-government bodies, "With the money we will give them responsibility, as rights always imply responsibility."

"We believe the Parliament will support fiscal decentralization, which is offered by the Government and has been discussed with the Association of Cities and local authorities. I emphasize that it is the first stage—there is no limit to perfection. But this first phase should be implemented," he added.

The Government's program also offers opening of local "transparent offices". Arseniy Yatsenyuk reminded that a corresponding decision of the Cabinet of Ministers had already been adopted, "It is the responsibility of local authorities and local state administrations. We require from the local authorities in 2015 together with the Government, to finally complete a section of an administrative reform—upgrading of administrative services and opening of transparent offices".

Apart from that, Arseniy Yatsenyuk informed that the Government plans further reduction of the state apparatus, "This year we have cut the state apparatus by 28 thousand officials. We will follow the path of shortening the public sector, and we have set a target for 2015—by another 10%. At this, an increase of salaries for the public sector as a whole. It concerns not just officials, but all the people who work in the public sector—teachers, doctors, all those who receive funds from the budget and serve for the country."

"Reducing the quantity and increasing efficiency and wages—this is the path we have chosen," said the Head of Government.

Concerning refresh of cadres, he noted "We have a new Government, there has never existed such a Government in the history of Ukraine: completely new, bright people with a different vision. But making changes at a Government's level is not enough. Similar changes must be carried in each ministry, in each department, in each administration both on a regional and district levels, and in all authorities in general."

With this aim in the first quarter of 2015 the Government introduces a new draft law on civil service, "which envisages a transparent competitive selection of government officials and introduces a procedure of accountability of government officials for the failure to fulfil their legitimate functions."

Arseniy Yatsenyuk also informed that the Government's Action Program provides for the introduction of e-governance. According to him, Ukraine will receive the support of European partners here, "primarily of Estonia that did an exemplary pilot project of e-governance", "We must abandon the tons of paper that circulates the ministries. We have set an ambitious goal—transition to e-government exceptionally, and it envisages an ID for everyone in Ukraine, a digital signature and an electronic document circulation".

The first stage of e-governance must be completed in 2016, according to the Prime Minister.

Quelle: Information and Communication Department of the Secretariat of the CMU, <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=247805932&cat_id=244314975>

Kritik an neuem Informationsministerium (03.12.2014)

Reporter ohne Grenzen kritisiert die am Dienstag beschlossene Gründung eines Informationsministeriums in Kiew. Die neue Behörde soll die Ukraine künftig vor Informationen aus dem Ausland schützen und die russische Propaganda zurückdrängen. Als Minister berufen wurde Juri Stez, ein Vertrauter von Staatspräsident Petro Poroschenko.

»Es ist nicht Aufgabe der Regierung, Informationen zu kontrollieren«, sagt ROG-Geschäftsführer Christian Mihr in Berlin. »Propaganda bekämpft man nicht durch Propaganda, stattdessen sollte man unabhängige Medien und kritische Journalisten ermutigen. Es ist kein guter Start für die neu gewählte Regierung, als erstes eine Art Propagandaministerium ins Leben zu rufen.«

Das ukrainische Parlament beschloss die Gründung des neuen Ministeriums im Zuge der Abstimmung über die neue Regierung. Das künftige Ministerium soll in erster Linie die russische Propaganda im Land zurückdrängen und sowohl auf der Krim als auch in den von pro-russischen Truppen kontrollierten Gebieten im Osten der Ukraine Gegenpropaganda machen.

Als künftiger Informationsminister wurde Juri Stez ernannt. Stez hat enge Verbindungen zu Staatspräsident Petro Poroschenko. Während der vergangenen Jahre hat unter anderem als Intendant den Fernsehsender *Kanal 5* geleitet, der zu Poroschenkos Medienunternehmen gehört. Seit Juni 2014 stand Stez an der Spitze der Informationsabteilung der Nationalgarde und war maßgeblich für die Informationspolitik der Armee zuständig.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung *Stop Censorship* hat die Idee zu dem neuen Ministerium bereits scharf kritisiert. Das unabhängige *Institute of Mass Information* – der ukrainische Partner von Reporter ohne Grenzen – hat sich der Bewegung angeschlossen. Statt staatlich kontrollierter Informationen fordert *Stop Censorship* die Stärkung und Förderung der unabhängigen Medien in der Ukraine. Der Vorschlag zu dem Ministerium war kurzfristig eingebracht worden und die Zivilgesellschaft hatte keine Möglichkeit gehabt, sich an Diskussionen über die Pläne zu beteiligen

Erst am Montag waren die Regeln für Journalisten, die aus dem Osten des Landes berichten wollen, vorübergehend verschärft worden. Das ukrainische Militär gab bekannt, dass Journalisten künftig nur noch in Militärbegleitung in den Osten des Landes reisen dürften, so könne man die Journalisten besser vor Angriffen schützen. Nachdem viele Journalisten und Medienvertreter dagegen protestiert hatten, wurde die Regel am Dienstag nach nur einem Tag wieder außer Kraft gesetzt.

Für Medienvertreter ist die Situation in der Ukraine nach wie vor gefährlich. Dass die Entführungen und Angriffe auf Journalisten vor allem im Osten des Landes in den vergangenen Wochen rückläufig waren, liegt zum einen daran, dass insgesamt weniger Journalisten in die umkämpften Gebiete reisen. Zudem haben die pro-russischen Rebellen in den besetzten Gebieten den Großteil der Medien unter ihre Kontrolle gebracht. Vor allem unabhängige Journalisten haben die Gegend längst verlassen.

In den zurückliegenden Monaten sind Journalisten und Medien in der Ukraine unter massiven Druck geraten. Vor allem im Osten des Landes haben pro-russische Rebellen, aber auch ukrainische Sicherheitskräfte zahlreiche Medienvertreter entführt, verletzt und gezielt bei ihrer Arbeit behindert. Insgesamt sechs Journalisten kamen im Zuge ihrer Arbeit ums Leben. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht die Ukraine auf Platz 127 von 180 Ländern.

Quelle: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/kritik-an-neuem-informationsministerium/>

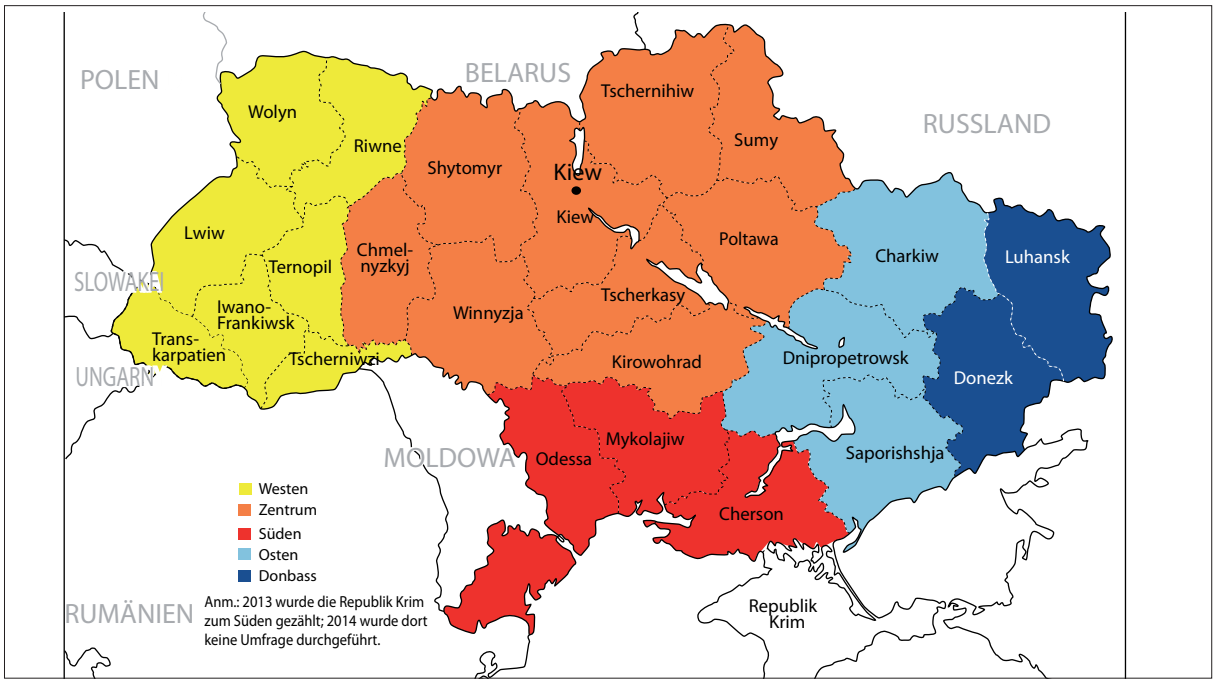
Lesetipps zum Thema Medienfreiheit in der Ukraine:

- Freedom of speech violation in Ukraine from the beginning of Russian aggression (infographic, eng.), Ukrainian NGO "Institute of Mass Information" (05.12.2014), <http://imi.org.ua/en/news/46812-freedom-of-speech-violation-in-ukraine-from-the-beginning-of-russian-aggression-infographic.html>
- Journalist civic movement "Stop Censorship!" deprecates establishing of state-run censorship in Ukraine (02.12.2014, eng.), <http://imi.org.ua/en/news/46749-journalist-civic-movement-stop-censorship-deprecates-establishing-of-state-run-censorship-in-ukraine.html>
- Regular Report to the Permanent Council by Dunja Mijatović, OSCE Representative on Freedom of the Media (27.11.2014), pp. 26–35, <http://www.osce.org/fom/127656?download=true>

UMFRAGE

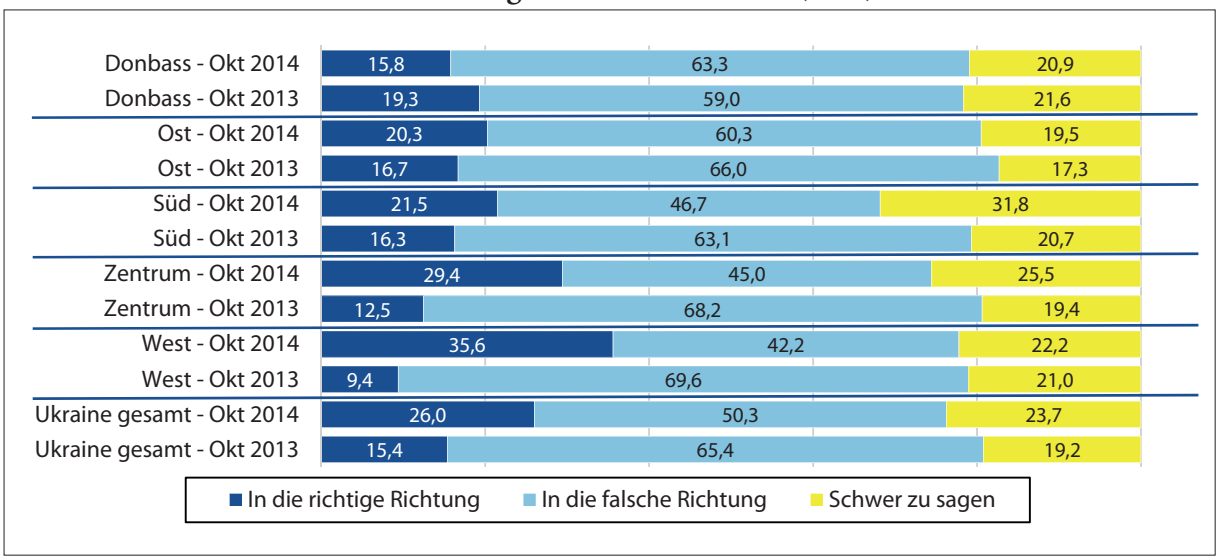
Vertrauen in die Regierung, den Präsidenten und das Parlament im Jahr 2014

Grafik 1: Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen für die Umfrage zur Entwicklung der Ereignisse in der Ukraine (Grafik 2)



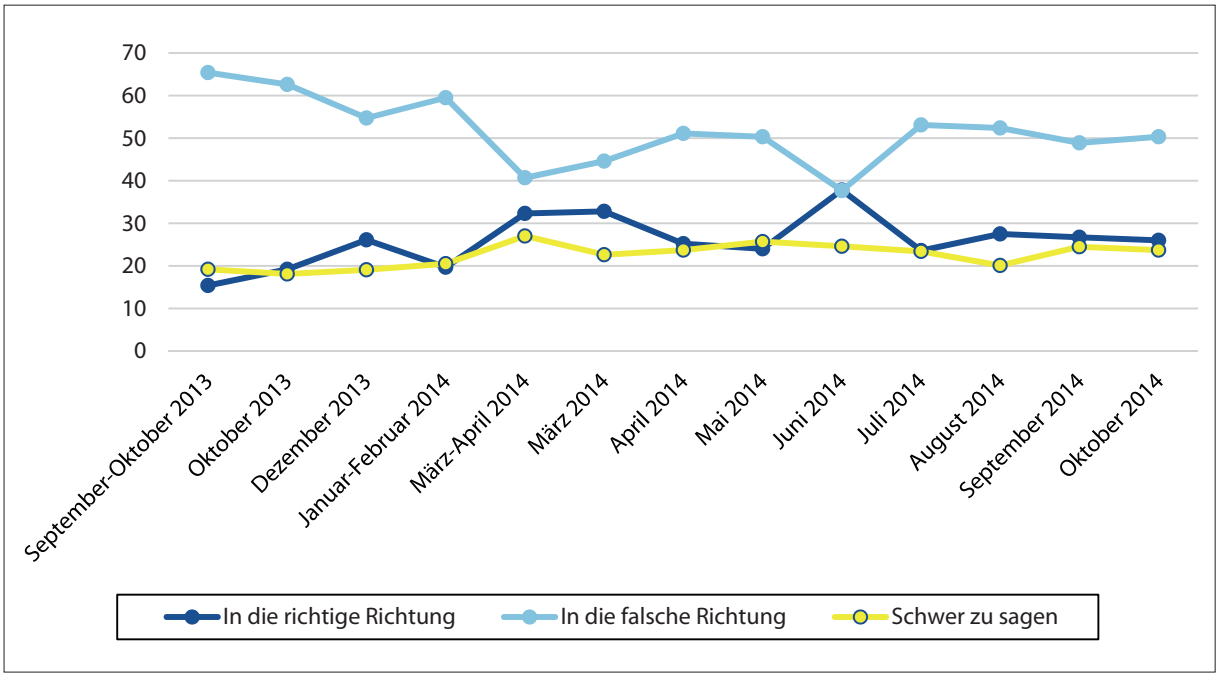
Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«,<http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>*, S. 2; Karte:* <http://english.freemap.jp/blankmap/>

Grafik 2: Wie entwickeln sich die Ereignisse in der Ukraine? (in %)



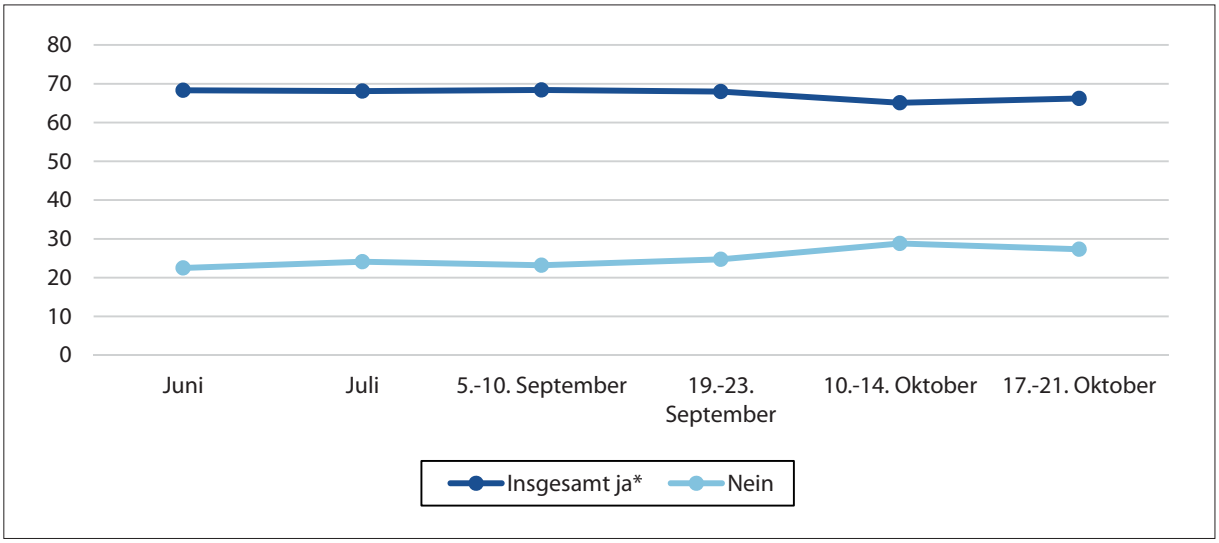
Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 47 und 50, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

Grafik 3: Wie entwickeln sich die Ereignisse in der Ukraine? (in %)



Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 50, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

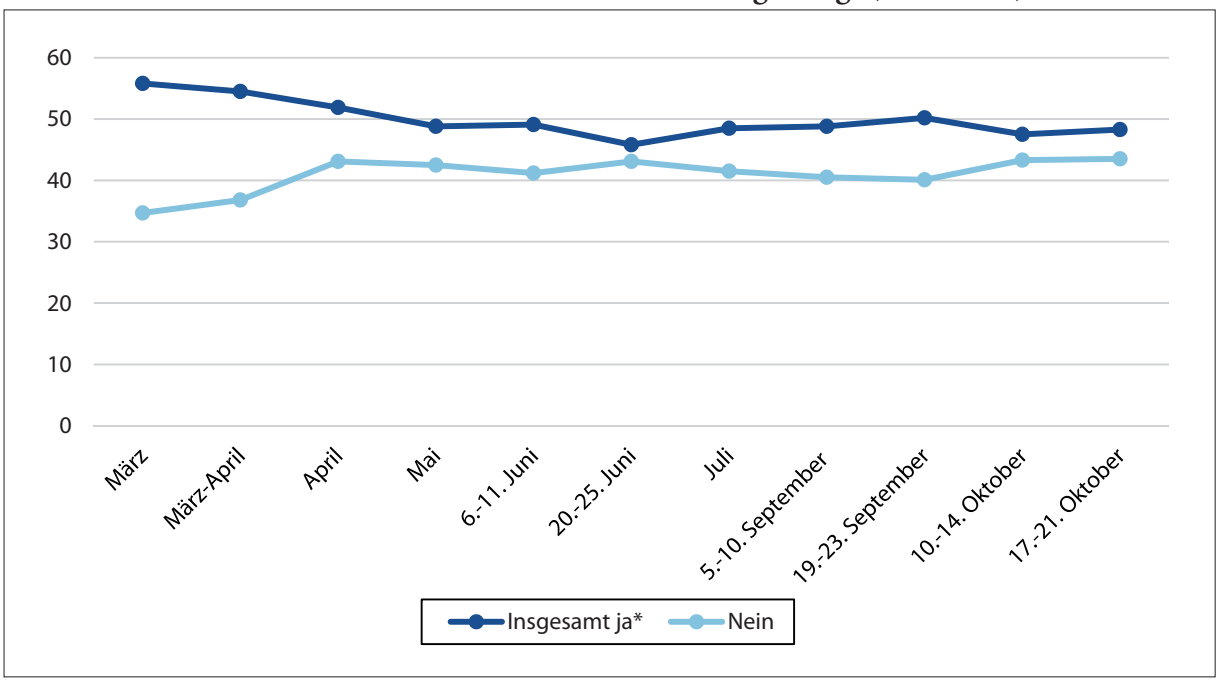
Grafik 4: Unterstützen Sie die Arbeit des Präsidenten der Ukraine? (2014, in %)



** Als Summe der Antworten »Ich unterstütze sie völlig« und »Ich unterstütze einzelne Maßnahmen«*

Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 50, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

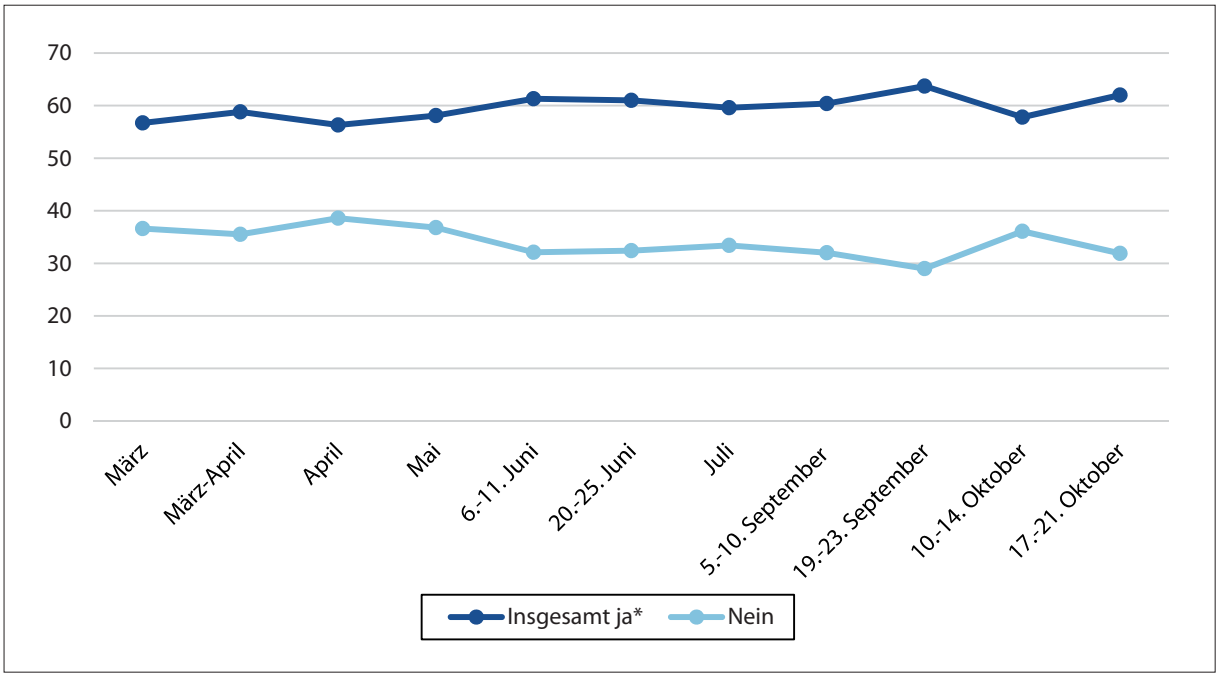
Grafik 5: Unterstützen Sie die Arbeit der ukrainischen Regierung? (2014, in %)



** Als Summe der Antworten »Ich unterstütze sie völlig« und »Ich unterstütze einzelne Maßnahmen«*

Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 51, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

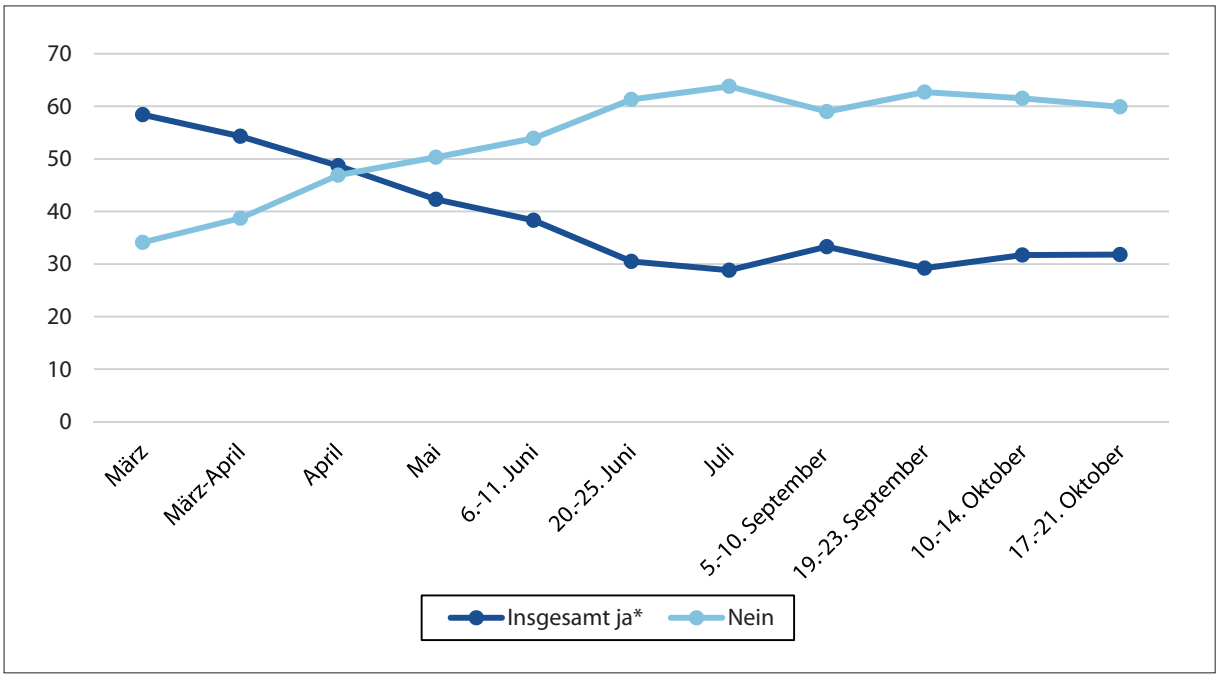
Grafik 6: Unterstützen Sie die Arbeit des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk? (2014, in %)



** Als Summe der Antworten »Ich unterstütze sie völlig« und »Ich unterstütze einzelne Maßnahmen«*

Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 52, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

Grafik 7: Unterstützen Sie die Arbeit des ukrainischen Parlaments? (2014, in %)



** Als Summe der Antworten »Ich unterstütze sie völlig« und »Ich unterstütze einzelne Maßnahmen«*

Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 51, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>

ANALYSE

Die Oligarchen und die Politik in Kriegs- und Krisenzeiten. Wie kann das eherne Gesetz der Oligarchie in der Ukraine gebrochen werden?

Von Inna Melnykovska, Berlin

Zusammenfassung

Die Seilschaften zwischen Politik und Wirtschaft haben den Krieg und die Krisen überdauert. Hinter der breit diskutierten und sogar noch stärker gewordenen Präsenz der Großunternehmer in der Politik verbergen sich jedoch qualitative Veränderungen innerhalb der ukrainischen Oligarchie. Einst vereint in der Patronage-Maschinerie Janukowytschs, bemüht sich die kritische Masse der Oligarchen nun um die Sicherung ihrer akkumulierten Vermögen. In der wettbewerbsorientierten Landschaft der ukrainischen Politik nach dem Euromaidan sehen sie einen solchen Schutz durch persönliche Präsenz in der Politik oder / und Verbindungen zu unterschiedlichen politischen Kräften gewährleistet. In Verhandlungen mit der Regierung um Kapitalsicherung machen sie Zugeständnisse bei Reformen, die einige profitable Einnahmequellen einschränken und ihre wirtschaftlichen Monopole gefährden. Die Oligarchen fördern bedingt die wirtschaftliche Liberalisierung und tragen zum politischen Wettbewerb bei – und sind so auf dem Weg, sich in eine traditionelle Wirtschaftslobby zu verwandeln. Die Verfassungsänderung hin zu einem parlamentarischen Regierungssystem, die Dezentralisierungsreform sowie die Einführung des proportionalen Wahlsystems, die offenen Parteilisten und die transparente Parteienfinanzierung können den horizontalen, den vertikalen und den innerparteilichen Wettbewerb stärken und den Wandel der Oligarchie forcieren.

Einleitung

Soziale Gerechtigkeit und Kampf gegen Korruption waren die zentralen Forderungen der Euromaidan-Proteste. Diese Forderungen zielten vor allem auf die Großunternehmer, die so genannten Oligarchen, die über die Jahre beträchtliche Vermögen und politisches Einflusskapital angehäuft hatten, um diese mittels Korruption und auf Kosten der Gesamtbevölkerung wiederum zu weiterer Selbstbereicherung einzusetzen. Jedoch beschränkte sich die Wucht der Euromaidan-Proteste lediglich auf den Familienclan des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Die Konten seiner Familie wurden eingefroren. Nach der Flucht Janukowytschs und der Mitglieder seines Familienclans aus dem Land verringerte sich auch ihr Einfluss auf die nationale Politik.

Nichtsdestoweniger wird die ukrainische Wirtschaft weiterhin von oligarchischen Strukturen dominiert. Das gesamte Vermögen der 100 reichsten Unternehmer in der Ukraine betrug im Mai 2014 nach Schätzungen des Wirtschaftsmagazins Forbes Ukraine 42 Milliarden US-Dollar und machte damit etwas weniger als ein Drittel des ukrainischen Bruttoinlandprodukts aus (BIP-Prognose für 2014: 143,2 Milliarden US-Dollar). Laut Transparency International blieb die Ukraine 2014 eines der korruptesten Länder der Welt (sie steht auf dem 142. von 175 Plätzen des Corruption Perceptions Index). Im Ease of Doing Business Index der Weltbank steht die Ukraine 2014 auf dem 96. Platz (von 189); in der Ukraine Geschäfte zu machen, ist schwieriger als in Russland, in Kasachstan und in Belarus.

Auch die Seilschaften zwischen oligarchischen Wirtschaftsinteressen und Politik sind nach wie vor intakt. Petro Poroschenko, der 2014 mit einem geschätzten Vermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar auf dem 6. Platz der 100 reichsten Unternehmer in der Ukraine geführt wird (s. Tabelle 1 auf S. 23), wurde Ende Mai 2014 zum Präsidenten gewählt. Bei Janukowytsch in Ungunst geratene Oligarchen, wie Ihor Kolomojskyj und Serhij Taruta, konnten ihren Einfluss auf die Politik zurückerlangen. Die beiden wurden zu Gouverneuren in Dnipropetrowsk und Donezk ernannt. Die Großunternehmer Rinat Achmetow und Dmytro Firtasch, die dem Familienclan nahe gestanden haben, werden von der neuen Regierung nicht rechtlich verfolgt und konnten ihre Seilschaften in den staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen weitgehend aufrechterhalten.

Auch im Parlament, das im Oktober 2014 gewählt wurde, sind die oligarchischen Interessen quer durch die Parteien vertreten. Den Block von Petro Poroschenko dominiert der politische Wille des Präsidenten. Der Volksfront von Arsenij Jazenjuk werden Verbindungen zu Ihor Kolomojskyj unterstellt. Dem Oppositionellen Block, der als informeller Nachfolger der Pro-Janukowytsch-Partei Partei der Regionen gilt, wird eine Nähe zu Rinat Achmetow sowie weiteren Großunternehmern aus der Donbass-Region nachgesagt. Auch über die neuen Parteien sind wirtschaftliche Interessen verteilt. Die Radikale Partei von Oleh Ljaschko gilt als politisches Projekt von Dmytro Firtasch. Über die Partei Selbsthilfe dürften die neuen Groß- und mittleren Unternehmer um den Lemberger Bürgermeister Andrij Sadowij

ihre Interessen im Parlament vertreten. Darüber hinaus sicherten sich in Einzelwahlkreisen Großunternehmer wie z. B. Serhij Taruta Abgeordnetenmandate. Sie sind somit sogar persönlich im Parlament präsent. Angesichts dieser Entwicklungen vermuten viele Beobachter eine Kontinuität der Oligarchie oder sogar eine Zunahme der oligarchischen Einflüsse auf die ukrainische Politik. Die Errungenschaften der Euromaidan-Proteste werden entsprechend auf einen Oligarchenwechsel reduziert.

Jedoch ist die Beständigkeit der oligarchischen Herrschaft in der Folge einer Revolution aus politikwissenschaftlicher Sicht weder überraschend noch eindeutig negativ zu bewerten. Sie bestätigt lediglich das eherne Gesetz der Oligarchie, das von Robert Michels festgestellt wurde: Bei einem revolutionären Umsturz werden die Oligarchen durch andere Oligarchen ersetzt. Das Gesetz kann nur durch qualitative Veränderungen innerhalb der Oligarchie selbst gebrochen werden: Bevorzugen Oligarchen anstelle von Kapitalakkumulation dessen Sicherung, können sie unter den Bedingungen eines politischen Wettbewerbs Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterstützen und sich in eine traditionelle Wirtschaftslobby umwandeln. In einem System mit konzentrierter politischer (meist präsidentieller) Macht werden sie dagegen zu Verbündeten der Autokraten. Die Oligarchen können somit bedingt sowohl Demokratie als auch Autokratie unterstützen.

In der Tat bestätigt die Geschichte der ukrainischen Politik, dass die Oligarchen beide Rollen einnehmen können. In den Amtszeiten Leonid Kutschmas schlugen die Oligarchen ihr Kapital daraus, dass sie Wettbewerbsvorteile (z. B. durch Energiesubventionen und Steuervergünstigungen) genossen und von den staatlichen Behörden (z. B. bei Staatseinkäufen und Privatisierungsauktionen) bevorzugt behandelt wurden. Als Gegenleistung unterstützten sie die Stärkung von Kutschmas präsidentieller Machtvertikale und dürften zur Entwicklung der autokratischen Züge seines Regimes beigetragen haben. Auch Janukowytsch baute seine Macht auf der Unterstützung der Geschäftsmänner aus dem Donbass auf, die er unter dem Sammeldach der Partei der Regionen mit Budgetsubventionen und großen Gewinnen bei Staatseinkäufen kooptierte. Sogar den Steuerkodex ließ Janukowytsch zugunsten der Großunternehmer auslegen. Im Gegensatz dazu förderten die Oligarchen während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko den politischen und medialen Pluralismus, dessen Nebenprodukt eine wettbewerbsfähige Demokratie war.

Auch für den Erfolg des Euromaidans war die Unterstützung der Großunternehmer ein zentraler Faktor. Vor allem Poroschenko und Kolomojskij haben sich auf die Seite der Euromaidan-Proteste gestellt, Poroschenko war persönlich an den Barrikaden. Sein Fernsehsender Kanal 5 hat über die Proteste landesweit live berichtet und den Oppositionsführern Sendezeit zugeteilt. Kolomojskyj hat sich persönlich zurückgehalten; sein Sender 1+1 TV hat über die Euromaidan-Proteste aber seit ihren ersten Tagen positiv berichtet. Die Kolomojskyj nahestehenden Abgeordneten im Parlament haben am 20. Februar für ein Ende der Gewalt im Parlament gestimmt. Auch in der Janukowytsch nahestehenden Koalition der Oligarchen hat es Risse gegeben, die die Legitimation Janukowytschs unterminierten. Serhiy Ljewotschkin, der Leiter der präsidentiellen Administration Janukowytschs und ein enger Verbündeter Firtaschs, hat nach dem Niederschlagen der friedlich protestierenden Studenten in der Nacht auf den 30. November 2013 öffentlich seinen Rücktritt erklärt. Im Dezember 2013 begann Firtaschs Fernsehkanal Inter, positiv über die Proteste zu berichten. Auch wenn die Abgeordneten Achmetows am 16. Januar 2014 im ukrainischen Parlament den sogenannten Diktaturgesetzen zugestimmt haben dürften, die die Protestierenden kriminalisierten, hat dieser bereits im Dezember 2013 Janukowytsch für die Gewaltanwendung gegen die friedlichen Demonstranten kritisiert. Am 29. Januar haben dieselben Abgeordneten dann der Anwendung von Gewalt gegen die Protestierenden und der Verhängung des Ausnahmezustands ihre Zustimmung verweigert. Ab Januar haben Achmetows Medien – der TV-Sender Ukraina und die Zeitung Sewodnja – viel neutraler über die Proteste berichtet. Insgesamt haben die Oligarchen durch mehr oder weniger öffentliche Positionierung an der Seite der Demonstranten und gegen die Gewalt der Sicherheitskräfte, durch positive oder auch neutrale Berichterstattung über den Euromaidan sowie durch Gegenstimmen oder Verweigerung von Stimmen im Parlament zum Bruch der autokratischen Herrschaft Janukowytschs beigetragen.

Welche wirtschaftlichen Präferenzen und welches politische Verhalten der Oligarchen lassen sich nun für die Zeit nach den Euromaidan-Protesten, die Krisen- und Kriegszeiten, ableiten? Werden sie die marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformprozesse in der Ukraine nun fördern oder bremsen? Und welche Reformen könnten die Umwandlung der Oligarchie in wirtschaftlichen Lobbyismus forcieren?

Oligarchen und ihre Geschäfte in Krisen- und Kriegszeiten

Die Ukraine durchlebt eine der schwierigsten Wirtschaftskrisen seit ihrer Unabhängigkeit. Die Weltpreise für Eisen und Stahl, die ukrainischen Exportrenner, fielen um 40 %. Die Reserven der Nationalbank sind auf einem Tiefpunkt von 12,6 Milliarden US-Dollar. Um die Außenkredite zu bedienen, hat sich die Regierung

17 Milliarden US-Dollar beim Internationalen Währungsfond geliehen. Die nationale Währung Griwna hat 2014 etwa 45 bis 50 % ihres Außenwertes gegenüber Dollar und Euro verloren. Darüber hinaus belasten die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass das Staatsbudget enorm.

Die Krisen- und Kriegswirtschaft ist auch an den Oligarchen nicht folgenlos vorübergegangen. Das Gesamtvermögen der hundert reichsten Unternehmer in der Ukraine ist im Mai 2014 im Vergleich zum April 2013 um 13,5 Milliarden US-Dollar (circa 25 %) zurückgegangen (zum Vergleich: beim BIP wird im Jahr 2014 ein Rückgang von 8,5 %, bei der Industrieproduktion ein Rückgang von 5 % erwartet). Am meisten haben die Vermögen der Oligarchen an Wert verloren, deren Produktionskapazitäten sich in der Zone der Anti-Terror-Operation (ATO) im Donbass befinden. Hier werden 15,7 % des BIP und ca. 25 % der ukrainischen Exporte produziert. Zusätzlich zu den Verlusten aufgrund der allgemein schlechten Wirtschaftskonjunktur waren die Oligarchen in diesem Gebiet von den militärischen Auseinandersetzungen betroffen. Transport- und Energierouten wurden zerstört. Viele Unternehmen sind hier, auch wenn sie mit Europa Handelsbeziehungen pflegen, auf den Handel mit Russland angewiesen, die in den vergangenen Monaten oft unterbrochen wurden. Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen und der Lieferstörungen musste die Arbeit mehrerer Unternehmen zeitweise eingestellt werden.

Am meisten hat die Achmetow-Gruppe gelitten, deren Produktionsaktivitäten im Donbass konzentriert sind. Achmetows Energieholding DTEK berichtete in der ersten Hälfte von 2014 über Verluste von 7,6 Milliarden US-Dollar (die ersten Verluste seit dem Krisenjahr 2008). Auch seine Metall-Holding Metinvest meldete einen Rückgang des Umsatzes von 46 % im Vergleich zu 2013. Die beiden Holdings machen 80 % der Achmetow-Gruppe aus. Laut dem Wirtschaftsmagazin Forbes Ukraine ist Achmetow zwar immer noch der reichste Mann in der Ukraine, sein Vermögen hat aber den bisher größten Einbruch erlitten. Nach Angaben von LIGA.net hat sein Vermögen zum November 2014 8,3 Milliarden US-Dollar (ca. 40 bis 45 %) an Wert verloren. Damit ist er auch aus dem Bloomberg Billionaires-Index rausgeflogen.

Die Bewältigung der Lieferschwierigkeiten, die Sicherung der Produktionsabläufe sowie die Klärung des Status der Unternehmen auf der Krim wurden zu den Hauptsorgen der Oligarchen. Achmetow dürfte zum einen die Kohleerzeugung seiner Bergwerke außerhalb der ATO-Zone intensivieren, zum anderen aber auch auf das Kohleversorgungssystem der illegalen Bergwerke, der so genannten *kopanki*, in der ATO-Zone zurückgegriffen haben (dabei müsste er wohl einige Abmachungen mit den prorussischen Separatisten getroffen haben). Zum anderen organisierte er Kohlelieferungen aus Russland für seine Energieunternehmen. Firtasch, der seit März 2014 auf Ersuchen des FBI in Österreich in Haft ist, registrierte beispielsweise seine Krimunternehmen (z. B. den größten europäischen Titandioxid-Hersteller Krymskij Titan*)* in der Russischen Föderation und sorgte dafür, dass seine Chemie-Unternehmen weiterhin die durch die russische Regierung subventionierten Gaslieferungen (zum Preis von 249 US-Dollar pro Kubikmeter) bekommen. Achmetow hat einen Spagat versucht: Er hat seine Unternehmen auf der Krim als Tochterunternehmen ihrer ukrainischen Mutterholdings in die Russische Föderation »einbürgern« lassen. Einige Oligarchen machen keine Angaben über den legalen Status ihrer Unternehmen auf der Krim, werden aber vermutlich den Beispielen Achmetows oder Firtaschs folgen bzw. haben dies schon getan. Nur wenige sind bereit, das Risiko einzugehen und ihre Aktiva so wie Kolomojskyj auf der Krim durch Nationalisierung an die neuen Krimbehörden zu verlieren oder zu ihrem Verkauf sowie zu dem der russischen Aktiva insgesamt gezwungen zu werden.

Vermögensverluste und Produktionsschwierigkeiten sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in den Krisen- und Kriegszeiten gute Geschäfte gemacht wurden. Die Stadt Mariupol, die Hochburg Achmetows, blieb knapp außerhalb der Reichweite der kriegerischen Auseinandersetzungen und seine Metallkombinate Asowstal und Iljitsch sowie die Waggon- und Lokomotivenfabrik Asowmach blieben intakt und konnten weiterhin ihre gesamte Produktion nach Russland exportieren. Auch seine Metall-Unternehmen konnten nach wie vor von den subventionierten Energiepreisen und vom Schulderlass für die nichtbezahlten Energielieferungen profitieren.

Einige Oligarchen konnten aus den kriegerischen Auseinandersetzungen sogar Profite schlagen. Die Maschinenbau-Unternehmen Kolomojskyjs haben auf militärische Produktion umgestellt und Zulieferaufträge des ukrainischen Verteidigungsministeriums bekommen. Auch durch Treibstoffversorgungsaufträge der Armee konnte Kolomojskyj profitieren. Weiterhin hat er versucht, die Unternehmen der geschwächten Oligarchen Achmetow und Firtasch zu übernehmen, beispielweise hat er die Übernahmepläne Firtaschs bei der Privatisierung des Chemie-Unternehmens Sumyhimprom und den zwei Titanförderunternehmen Dalnehorskyj HOK und Irschanskyj HOK gestört und sie der Kontrolle der Firtasch-Gruppe entzogen.

Insgesamt hat die kritische Masse der Oligarchen sich 2014 mit der Sicherung ihrer Kapitalvermögen und

dem Erhalt von Produktionskapazitäten und Produktionsabläufen beschäftigt, um die wirtschaftlichen Verluste zu minimieren. Die Versuche Kolomojskyjs, seinen Einfluss auch auf Kosten der anderen Oligarchen auszubauen, haben die Bestrebungen nach Kapitalsicherheit nur verstärkt. Diese Tendenzen im wirtschaftlichen Verhalten lassen sich auch bei den politischen Strategien der Oligarchen erkennen.

Oligarchen und Politik nach dem Euromaidan

Die Euromaidan-Proteste haben die Seilschaften zwischen Politik und Wirtschaft zwar kaum gestört, deren Konfiguration aber entscheidend verändert. Das strikt vertikale Patronagesystem, das stark vom ehemaligen Präsidenten Janukowytsch dominiert wurde, bekam zwei Machtzentren an der Spitze, den Präsidenten Poroschenko und den Regierungschef Jazenjuk. Beide sind zwar proeuropäisch eingestellt, gehören jedoch zu unterschiedlichen politischen Lagern. Bei der Regierungsbildung wurde um eine Balance zwischen diesen beiden Machtzentren gerungen. Insbesondere wurde dies deutlich bei der Postenaufteilung innerhalb der Sicherheitsstrukturen, die in der Ukraine auch zur Lösung der wirtschaftlichen Konflikte zwischen oligarchischen Gruppen eingesetzt werden (könnten). So fallen beispielsweise das Verteidigungsministerium, die Generalstaatsanwaltschaft und der Staatssicherheitsdienst in die Obhut Poroschenkos, während Jazenjuk das Innerministerium und die ihm zugehörigen Freiwilligenbataillons unter seiner Schirmherrschaft behält.

Zur Dekonzentration der politischen Macht dürfte auch die Neuzusammensetzung des Parlaments beitragen. Die Koalition wird von fünf Parteifraktionen gebildet, die in der Wahlkampagne zum Großteil um die gleiche Wählerschaft gekämpft haben und die in einem latenten Konflikt zueinander stehen. Mit 302 Abgeordnetenstimmen verfügt die Koalition zwar über eine absolute Mehrheit, sie ist aber bei verfassungsrelevanten Abstimmungen auf die Kooperation mit den restlichen Abgeordneten angewiesen. Die Anwesenheit der Abgeordneten mit Einzelmandaten bietet dabei eine gewisse Flexibilität bei der Kompromissfindung, birgt aber auch das Risiko, dass Kompromisse situativ und kurzlebig sind. Der Oppositionelle Block und die Einzelabgeordneten, die ihre Mandate vor allem in den südöstlichen Regionen bekommen haben, halten bei Parlamentsentscheidungen einen zusätzlichen Legitimationshebel in der Hand: Möchte die Koalition ihre Entscheidungen gegenüber den südöstlichen Regionen legitimieren, ist die Zustimmung des Oppositionellen Blocks vorteilhaft. In einem so fragmentierten und hochkompetitiven Umfeld kann der Verlust politischer Einflusskapazitäten wirtschaftliche Verluste zur Folge haben. Das führte zu einer zunehmenden Repräsentanz der Wirtschaftsinteressen in der ukrainischen Politik.

Gegenüber den Parteien haben die Oligarchen auf die langerprobte Symbiose gesetzt: Die Wahlkampagnen der Parteien wurden finanziell unterstützt; als Gegenleistung werden dann der Schutz gegen Angriffe gegnerischer Oligarchen und andere Gefälligkeiten erwartet. Achmetow setzte auf die neue Partei, die auf der Basis der Partei der Regionen entstanden ist, den Oppositionellen Block. Diese Strategie erlaubte es ihm zum einem, sich von der kompromittierten Partei der Regionen abzugrenzen, zum anderen konnte er so auch die internen Rivalitäten mit der Gruppe Serhiy Tihipkos loswerden. Kolomojskyj setzte auf die Volksfront Jazenjuks. Firtasch, der in der Vergangenheit mal gute Beziehungen zur Partei UDAR von Witalyj Klytschko gepflegt hat und bereits bei den Präsidentschaftswahlen mit Poroschenko informelle Gespräche führte, dürfte dessen Block auch bei den Parlamentswahlen unterstützt haben. Da diese Verbindung aufgrund der prekären Lage der Oligarchen verborgen bleiben sollte, hat Firtasch vermutlich sicherheitshalber auch ein weiteres politisches Projekt gefördert – die Radikale Partei Ljaschkos. Weiterhin versuchten die Großunternehmer, die wegen der Flucht Janukowytschs und des Untergangs der Pro-Janukowytsch-Mehrheit (der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei) ihren direkten Draht zur Politik verloren haben, diesen durch persönliche Anwesenheit im Parlament zu kompensieren. Auch die neuen Unternehmer, die in den vergangenen Jahren zu Großunternehmern aufgestiegen sind, haben bei den Parlamentswahlen die Chance genutzt, ihre politischen Seilschaften ins Parlament durch direkte Mandate oder über Verbindungen zu den neuen Parteien, wie Selbsthilfe, auszubauen.

Die Oligarchen haben auch mit Aktivitäten abseits der Politik versucht, ihre Verhandlungsposition in den politischen Machtspielen zu stärken. Mit populistischen Aktionen, wie der des »Kopfgelds« für bewaffnete Separatisten, wurde Kolomojskyj zu einem nationalen Patriot-Oligarchen. Er finanzierte auch mehrere Freiwilligenbataillons, vor allem das Bataillon »Donbass«. Achmetow dürfte einige separatistische Gruppierungen, wie »Oplot«, zum Schutz seiner Unternehmen und Häuser angeheuert haben. Auch in Mariupol ließ er seine Arbeiter auf den Straßen patrouillieren, um die Besetzung von Gebäuden der Regionalverwaltungen wie in Luhansk und Donezk zu vermeiden. Ansonsten versucht er aber, sich aus dem unmittelbaren Militärkonflikt herauszuhalten und seine Legitimation bei der Bevölkerung mittels Hilfe für die Binnenflüchtlinge zurückzugewinnen.

Die Präsenz der Wirtschaftsinteressen in der Politik hat zugenommen. Da jedoch unter den Bedingungen mehrerer Machtzentren keiner der Oligarchen diese für sich zu monopolisieren vermag, werden die politischen Seilschaften primär zum Schutz des akkumulierten Kapitals genutzt. Die Versuche Kolomojskyjs, einige Unternehmen von Firtasch und Achmetow abzuzweigen, hatten bis jetzt wenig Erfolg. Nur da, wo die Oligarchen ihren Modernisierungsverpflichtungen nicht nachgekommen sind, haben sie ihre Rendite verloren. So wurde Firtasch die Verpachtung der Titanförderunternehmen Dalnehorskyj HOK und Irschanskyj HOK entzogen. Diese Erfahrungen schaffen einen zusätzlichen Anreiz für langfristige Modernisierungsinvestitionen der Oligarchen in eigene Unternehmen und dürften ihre Bestrebungen nach Kapital- und Vermögenssicherung weiter stärken.

Weiterhin haben die Oligarchen bei den existenziellen Schritten, die für die Kapitalsicherung notwendig sind, auch Zugeständnisse gegenüber der Regierung gemacht. In der Tat konnte die Regierung Jazenjuks ein Steuerpaket einführen, das die Oligarchen zu neuen Abgaben ans Staatsbudget verpflichtet. Auch wenn die Oligarchen einige steuerlichen Neuheiten, z. B. die Besteuerung und die Aufsicht über die Preisbildung im Außenhandel, noch hinauszögern konnten, führt kein Weg daran vorbei, dass ihre Wettbewerbsvorteile schwinden.

Ausblick

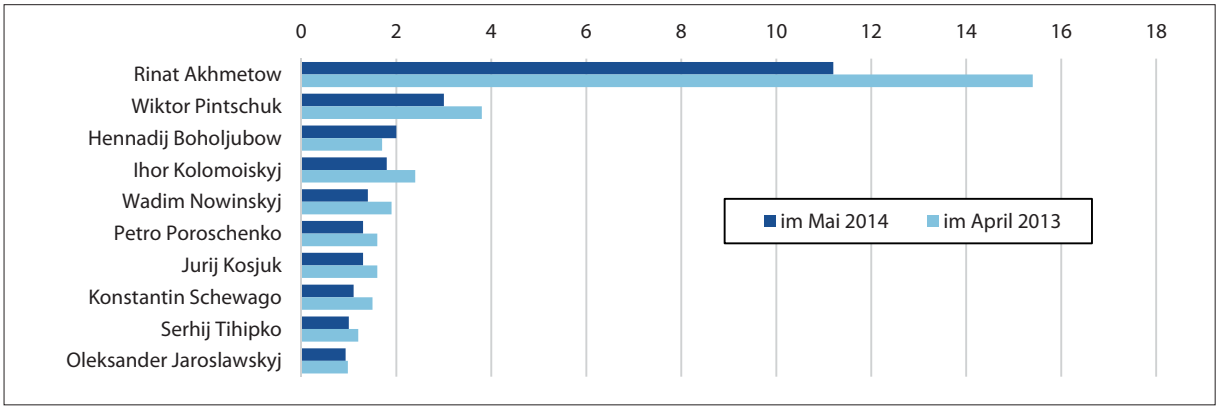
Das kapitalsichernde Verhalten der Oligarchen und ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen bei den Reformen, die wirtschaftliche Liberalisierung, Transparenz und Rechtstaatlichkeit stützen, könnten durch eine weitere Zunahme des politischen Wettbewerbs gefördert werden. Der politische Wettbewerb kann dabei auf mehreren Wegen verstärkt werden: (1) horizontal durch die Verfassungsänderung hin zu einem parlamentarischen Regierungssystem; (2) vertikal durch die Dezentralisierungsreform; sowie (3) innerparteilich über die Einführung des proportionalen Wahlsystems, der offenen Parteilisten und der transparenten Parteienfinanzierung. Darüber hinaus könnte der Rückzug der Staatsbürokratie aus der Wirtschaft die Kräfte des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs entfesseln und so zu einem weiteren Wandel der oligarchischen Herrschaft hin zum Wirtschaftslobbyismus beitragen.

Über die Autorin:
Inna Melnykovska promoviert am Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Vermögen der Oligarchen Anfang 2014

Grafik 1: Vermögenswerte der zehn reichsten Ukrainer laut Forbes-Ukraine in Mrd. US-Dollar (Stand Mai 2014)



Quelle: Forbes Ukraine, <http://forbes.ua/ratings/1>

Tabelle 1: Rating der reichsten Ukrainer laut Forbes-Ukraine (Stand Mai 2014)

Platz	Person	Alter	Industriebranche	Vermögens-werte im Mai 2014 (Mio. US-Dollar)	Im Vergleich zum April 2013 (Mio. US-Dollar)	in % (2014)
1	Rinat Akhmetow	48	Metallurgie, Energiesektor	11.200	-4.200	26,6
2	Wiktor Pintschuk	53	Medien, Metallurgie	3.000	-800	7,1
3	Hennadij Boholjubow	52	Finanzen	2.000	300	4,7
4	Ihor Kolomoiskyj	51	Finanzen	1.800	-600	4,3
5	Wadim Nowinskyj	51	Maschinenbau, Metallurgie	1.400	-500	3,3
6	Petro Poroschenko	49	Agrarwirtschaft	1.300	-300	3,1
7	Jurij Kosjuk	46	Agrarwirtschaft	1.300	-300	3,1
8	Konstantin Schewago	40	Metallurgie, Finanzen	1.100	-400	2,6
9	Serhij Tihipko	54	Maschinenbau, Finanzen	1.000	-200	2,4
10	Oleksander Jaroslawskyj	54	Investitionen	932	-48	2,2
11-100	Andere	-	-	17.125	-	40,6
	Gesamt	-	-	42.157	-13.088	100

Quelle: Forbes Ukraine, <http://forbes.ua/ratings/1>

Tabelle 2: Gesamtvermögen der reichsten Ukrainer nach Industriebranchen in Mrd. US-Dollar (Stand Mai 2014)

Metallurgie	22,1
Agrarwirtschaft	5,7
Investitionen	3,2
Einzelhandel	3
Lebensmittelindustrie	2
Immobilien	1,4
Maschinenbau	1,3
Alkohol	0,7
Erdöl- und Gasindustrie	0,62
Chemie	0,45
Pharmazie	0,44
Erdölraffinierung	0,27
Finanzen	0,26

Quelle: Forbes Ukraine, <http://forbes.ua/business/1372157-zolotaya-sotnya-forbes-v-cifrah>

DOKUMENTATION

Waffenstillstandsverhandlungen in der Ostukraine

Die aktuellen Waffenstillstandsverhandlungen in der Ostukraine finden im Rahmen des Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) statt. Grundlage für die Verhandlungen sind das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 (siehe Ukraine-Analysen Nr. 136) und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 (siehe Ukraine-Analysen Nr. 137). Zusätzlich wurden Anfang Dezember Planungen für ein erneutes Treffen im Rahmen der Minsker Friedensverhandlungen begonnen.

Das JCCC ist im Zuge der Minsker Friedensverhandlungen für die Ostukraine geschaffen worden und soll »den bilateralen Dialog zwischen dem ukrainischen Verteidigungsministerium und militärischen Vertretern der Russischen Föderation erleichtern«. (<http://uacrisis.org/osce-mission/>) Das JCCC hat sein Hauptquartier in Debalzewe (nordöstlich von Donezk an der Grenze zum Separatistengebiet). Die Konfliktlinie in der Ostukraine ist in vier Sektoren eingeteilt worden, für die jeweils ein JCCC Team zuständig ist.

Die Verantwortung für das JCCC liegt allein bei den beteiligten Vertretern der Ukraine und Russlands. Die OSZE Mission in der Ostukraine stellt organisatorische Unterstützung zu Verfügung und berichtet über die Arbeit des JCCC.

Wir dokumentieren im Folgenden die Berichte der OSZE Beobachtermission (Special Monitoring Mission – SMM) über die Waffenstillstandsverhandlungen in der Ostukraine sowie die Planung für ein neues Treffen im Rahmen der Minsker Friedensverhandlungen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Berichte der OSZE Beobachtermission (Special Monitoring Mission – SMM)

13 November 2014

The SMM met the Ukrainian and Russian heads of the JCCC, who said that the two of them had agreed a draft schedule for gradual disengagement. The draft document, which they signed at the end of the meeting, proposed three phases: a ceasefire (two days); withdrawal of heavy weapons (five days); and disengagement of forces to the line of contact referred to in the Minsk Memorandum (21 days). Earlier that day they had started to discuss the plan with members of the "Donetsk People's Republic (DPR)". The SMM encouraged the heads of the JCCC to jointly communicate their activities, plans and achievements to the general public.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/126758>

30 November 2014

On 29 November, in Luhansk, the SMM was present at a meeting of the head of the Ukrainian contingent to the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC), Lt Gen Askarov; the head of the Russian Representation in south-east Ukraine, Lt Gen Lentsov; and members of the "LPR". Participants continued to dispute aspects of the disengagement phase of the Generals' plan of 13 November. Nonetheless, all agreed in principle to a total ceasefire along the entire line of contact between Ukrainian Armed Forces and those under control of the "LPR", to be effective from 5 December. Members of the "LPR" insisted that they were in control of all Cossack units and that these units, too, would adhere to this proposal. They also agreed that the withdrawal of heavy weapons would start on 6 December.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/128611>

2 December 2014

In "Donetsk People's Republic" ("DPR")-controlled Donetsk, the SMM attended a meeting of the head of the Ukrainian side of the JCCC, Lieutenant General Askarov, the head of the Russian Representation to south-east Ukraine, Lieutenant General Lentsov and "DPR" members. Participants discussed options for the implementation of a durable ceasefire, in particular at government-controlled Donetsk airport.

At the JCCC headquarters in government-controlled Debaltseve (55km north-east of Donetsk), the chief of staff of the Russian Representation told the SMM that it had deployed a group of Russian officers to Donetsk and would deploy another group to "Lugansk People's Republic" ("LPR")-controlled Luhansk on 3 December. The chief of staff of the Ukrainian side said that Ukrainian officers would join the Russian officers within the next few days.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/129301>

3 December 2014
At the JCCC HQ in government-controlled Debaltseve (55km North-East of Donetsk), the Ukrainian and Russian Federation Chiefs of Staff (CoS) stated that, as a result of a meeting held in "DPR"-controlled Donetsk on 2 December (between Ukrainian Lt-Gen. Askarov and Russian Federation Lt-Gen. Lentsov), hostilities at Donetsk airport had ceased as of 17:45hrs on 2 December. The SMM noted, however, the continuation of intermittent shelling in and around the airport on the evening of 2 December and throughout 3 December. The chiefs also said that JCCC offices in Donetsk and "Lugansk People's Republic" ("LPR")-controlled Luhansk cities would henceforth co-ordinate the work of JCCC command posts located in "DPR" and "LPR"-controlled territory, a task which had thus far been undertaken directly by the JCCC HQ in Debaltseve. The JCCC HQ would remain in Debaltseve, they said. Each new office would be staffed by three officers from the Russian Federation, and two Ukrainian officers.

In Luhansk the SMM monitored a meeting of the JCCC involving Lt-Generals Askarov and Lentsov and an "LPR" member, at which concrete proposals and modalities on enforcing a stable ceasefire along the line of contact between "LPR" and government forces were discussed. In "LPR"-controlled Alchevsk (43km West of Luhansk), the SMM met a prominent local "LPR" commander who cast doubts on the efficacy of a ceasefire, saying his objective was to control the entire Luhansk region.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/129751>

4 December 2014
Ukrainian and Russian Federation representatives of the Joint Centre for Control Co-ordination (JCCC) in Debaltseve reported that the number of ceasefire violations had significantly increased over the last 24 hours, reaching 110 incidents, registered in both Ukrainian and Russian Federation incident logs. Both sides confirmed that a ceasefire for Donetsk airport did not hold and hostilities renewed at 08:00hrs on 3 December.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine/130111>

5 December 2014
The SMM monitored the JCCC HQ in government-controlled Debaltseve (55 km north-east of Donetsk), where Ukrainian Armed Forces Lt-Gen. Askarov and three officers of the General Staff of Ukraine were working alongside four Russian officers of the General Staff of Russia. Members of the so-called "Donetsk People's Republic" ("DPR") and "LPR" were also present and primarily co-operating and sharing information with Russian JCCC officers. The JCCC Chief of Staff of the Russian Representation in south-east Ukraine informed the SMM that the head of the Russian Representation in south-east Ukraine, Lt-Gen. Lentsov, was in Luhansk for consultations with members of the "LPR".

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/130126>

7 December 2014
On 7 December, the SMM returned to the JCCC in Debaltseve. Lieutenant General Askarov and Lieutenant General Lentsov said that there had been an agreement on the terms of a ceasefire which according to them is planned to enter into force on 9 December at 09:00 hrs. The incident logs of the Ukrainian and of the Russian Federation JCCC representatives showed a total of 174 breaches of the non-use of weapons in the past 24 hours. During the visit, the SMM heard small arms fire in the distance, to the south of Debaltseve.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/130641>

8 December 2014
The SMM continued to monitor the activity of the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC). At their headquarters in Debaltseve (55 km north-east of Donetsk), officers of the Ukrainian and Russian General Staffs were working with members of the "Lugansk People's Republic" ("LPR") and the "DPR". […]Those present at the headquarters told the SMM that they had prepared orders for the implementation of a ceasefire, to start at 09:00 on 9 December, in accordance with an amended version of the plan of 13 November, signed by: the head of the Ukrainian side of the JCCC, Lt Gen Volodymyr Askarov; the head of the Russian Representation in south-east Ukraine, Lt Gen Aleksandr Lentsov; Denis Pushilin, on behalf of the "Donetsk city administration"; and "LPR" member A. Shubin.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/130956>

9 December
The SMM continued to monitor the activity of the JCCC. In the headquarters in Debaltseve (55 km north-east of Donetsk), the head of the Ukrainian side of the JCCC, Lt Gen Volodymyr Askarov, and the head of the Russian Representation to south-east Ukraine, Lt Gen Aleksandr Lentsov, were overseeing the work of officers of the Ukrainian and Russian General Staffs, and members of the "Donetsk People's Republic" ("DPR") and "Lugansk People's Republic" ("LPR"), instructing them to follow up on reported ceasefire violations. Ukrainian and Russian officers received eight reports of ceasefire violations between 9:00 hrs and 11:00 hrs.

The Ukrainian and Russian chiefs of staff said that the new JCCC offices in Luhansk and Donetsk cities were fully operational and that, following oral assurances of their security from members of the "LPR" and "DPR", Ukrainian officers had joined Russian officers there.

In Svitlodarsk (55km north-east of Donetsk) and Soledar (77 km north of Donetsk), Ukrainian and Russian officers spoke to the SMM about the prospects for a sustainable ceasefire. The officers said they hoped that a 48-hour ceasefire would be achieved.

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/131311>

Minsker Friedensverhandlungen

Pressebüro des ukrainischen Präsidenten (06.12.2014 16:43)
President: Meeting of the Trilateral contact group is planned for December 9 in Minsk
The meeting of the Trilateral contact group on the resolution of the situation in the Donbas is planned for December 9 in Minsk. The representatives of Ukraine, Russia and the OSCE are to take part in the meeting. It was stated by President Petro Poroshenko in Chuhuiv, Kharkiv region.

"There is a preliminary agreement that the meeting will be held in Minsk on December 9," the Head of State noted. According to him, Ukraine expects the schedule of the Minsk agreements' implementation to be approved following the meeting. "December 9 must become the day of artillery silence. In 30 days, we must get to the collision line stipulated in the Minsk protocol," the President emphasized.

The Head of State stressed that along with that, the withdrawal of heavy armament and the OSCE monitoring of the ceasefire had to be ensured. Also, Petro Poroshenko emphasizes that pseudo-elections of November 2 must be abolished and the organization of local elections under the Ukrainian legislation must begin.

"There is a cautious optimism regarding the meeting planned for December 9," the President concluded.

Quelle: <http://www.president.gov.ua/en/news/31728.html>

Pressezentrum von Regierung und Volksrat der Donezker Volksrepublik (8.12.2014)
[inoffizielle Übersetzung durch die Ukraine-Analysen]
Das Minsker Treffen wird stattfinden nach der Bestätigung aller Punkte der Tagesordnung durch Kiew
Wie die Donezker Nachrichtenagentur bestätigt, wird eine neue Runde von Verhandlungen im Minsker Format in dieser Woche stattfinden, sobald Kiew alle Punkte der Tagesordnung bestätigt hat, erklärte heute der Vertreter der DNR [Donezker Volksrepublik] in der Kontaktgruppe [welche die Friedensverhandlungen in Minsk führt], der stellvertretende Vorsitzende des Volksrates Denis Puschilin.

»Die Verhandlungen im Minsker Format finden diese Woche statt, sobald die Ukraine die Tagesordnung bestätigt, deren Entwurf derzeit diskutiert wird«, erklärte Puschilin. »Im einzelnen: a) Feuerpause und Abzug von Artillerie und Raketenwerfern; b) Gefangenenaustausch entsprechend den vereinbarten Listen; c) schrittweise Aufhebung der ukrainischen Wirtschaftsblockade des Donbass; d) Umsetzung des Gesetzes der Ukraine »Über den besonderen Status des Donbass« sowie des Amnestiegesetzes. Nach Angaben des Vertreters der DNR formuliert die ukrainische Seite keine klare Position zu den Punkten C und D. »Vielleicht wollen sie konkrete Entscheidungen vermeiden, um die Volksrepubliken wirtschaftlich zu ersticken und auf diese Weise den erforderlichen Dialog mit unserem Volk vermeiden«, erläuterte Puschilin. »Wir werden darauf bestehen, dass Kiew klare Antworten auf unsere Fragen gibt.«

Quelle: <http://dnr.today/news/minskaya-vstrecha-sostoitsya-posle-utverzhdeniya-kievom-vsex-punktov-povestki-dnya/>

CHRONIK

24. November – 7. Dezember 2014

24.11.2014	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass die Ukraine Mitglied der Allianz werden könne, wenn sie dies wünsche und die Kriterien erfülle. Präsident Petro Poroschenko weist darauf hin, dass die Frage der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO durch ein Referendum entschieden werde müsse.
24.11.2014	Drei Soldaten der ukrainischen Armee werden bei Schusswechseln auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« getötet.
24.11.2014	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, dass die Ukraine in naher Zukunft Waffenlieferungen aus Lettland erhalten werde.
25.11.2014	In Donezk wird ein Kleinbus von einer Granate getroffen. Drei Zivilisten kommen ums Leben. In der Stadt Debalzewe im Gebiet Donezk kommt ein Zivilist ums Leben, als ein Freiwilligenzentrum von einer Grad-Rakete getroffen wird.
25.11.2014	Im Prozess gegen Wiktor Nasarow, den Stellvertreter des Generalstabschefs der »Anti-Terror-Operation«, ordnet das Gericht dessen Arrest an. Nasarow ist angeklagt, für den Abschuss einer Militärmaschine der ukrainischen Armee am 14.06.2014 durch Separatisten mitverantwortlich zu sein. 49 Menschen waren ums Leben gekommen.
25.11.2014	Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt bei Gefechten ums Leben.
26.11.2014	Die russische Nachrichtenagentur ITAR-TASS vermeldet, dass die russische Armee 14 Kampfflugzeuge auf die von der Ukraine annektierte Krim verlegt habe.
26.11.2014	Nach Angaben des Pressezentrums der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee dringt eine Kolonne russischer Militärtechnik in das Gebiet der Ukraine ein. Der Sprecher des Pressezentrums erklärt, dies geschehe an den Grenzübergängen, wo die Arbeit der Beobachtermission der OSZE blockiert werde.
26.11.2014	Bei Gefechten kommen zwei Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
27.11.2014	In Popasna im Gebiet Luhansk kommen zwei Zivilisten durch Raketenbeschuss von Wohnhäusern ums Leben.
27.11.2014	Das neu gewählte Parlament tritt in einer feierlichen Sitzung zum ersten Mal zusammen. Gemäß dem Koalitionsvertrag bilden die 302 Abgeordneten der Parteien Block Petro Poroschenko, Volksfront, Selbsthilfe, Vaterland und die Radikale Partei Oleh Ljaschkos eine Regierungskoalition.
27.11.2014	Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow legt verfassungsgemäß sein Amt nieder. Wolodymyr Grojsman vom Block Petro Poroschenko wird zum neuen Parlamentssprecher gewählt.
27.11.2014	Das Parlament bestätigt den bisherigen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk im Amt. Er erhält 341 Ja-Stimmen, eine davon vom Oppositionsblock. Mit Nein stimmen zwei Abgeordnete, 28 enthalten sich.
27.11.2014	Die EU verhängt Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen 13 weitere Mitglieder der Führung der Separatisten im Donbass.
27.11.2014	In Donezk wird ein Wohnhaus beschossen. Zwei Zivilisten kommen ums Leben.
27.11.2014	Ein Gericht in Odessa nimmt die Verhandlung des Unglücks vom 2. Mai 2014 auf. Dort waren bei einem Feuer im Haus der Gewerkschaften 46 Menschen, mehrheitlich Teilnehmer einer Anti-Maidan-Demonstration, getötet worden. Es hatte im Nachhinein immer wieder Vorwürfe gegeben, das Feuer sei von pro-westlichen Demonstranten verursacht und der Tod der Menschen vorsätzlich herbeigeführt worden.
28.11.2014	Hennadij Moskal, Gouverneur des Gebietes Luhansk, erklärt auf der offiziellen Internetseite der Luhansker Gebietsverwaltung, dass Separatisten in Stanizja Luhanska einen Kleinbus und zwei Automobile beschossen hätten. Ein Zivilist sei ums Leben gekommen.
28.11.2014	Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt ums Leben. Die Armee vermeldet außerdem, dass die Separatisten »große Verluste« erleiden würden. Genaue Angaben fehlen.
29.11.2014	Die Vereinten Nationen veröffentlichen einen neuen Bericht zum Konflikt in der Ostukraine. Die Zahl der Flüchtlinge aus den umkämpften Regionen wird auf über eine Million Menschen geschätzt. In anderen Regionen sind etwa 490.000 Menschen geflohen, etwa 545.000 suchen Schutz in anderen Staaten, mehrheitlich in Russland.
29.11.2014	Beim Beschuss eines Wohnhauses in Popasna im Gebiet Luhansk kommt ein Zivilist ums Leben.
29.11.2014	Ein ukrainischer Soldat wird bei Gefechten getötet.
30.11.2014	Nach Angaben des Pressezentrums der »Anti-Terror-Operation« kommen in der Nacht zum 30. November 2014 zwei Zivilisten ums Leben, als Separatisten auf Wohngebäude schießen.
30.11.2014	In Slowjansk werden die Leichen des Donezker Journalisten Oleksandr Kutschinskij und seiner Ehefrau gefunden.

30.11.2014	Eine Demonstration auf dem Maidan fordert von Generalstaatsanwalt Witalij Jarema, die Untersuchung des Todes dutzender Demonstranten auf dem Maidan zwischen dem 18. und dem 20. Februar 2014 zu beschleunigen.
30.11.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, mit dem auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim eine Freihandelszone eingerichtet wird.
01.12.2014	Alexej Miller, Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, erklärt das Bauvorhaben des Pipelinesystems South Stream für beendet. South Stream hätte russisches Erdgas unter Umgehung der Ukraine nach Europa befördern können.
01.12.2014	Separatistische Kämpfer stürmen erneut auf den Flughafen von Donezk an, der nach wie vor von der ukrainischen Armee gehalten wird. Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« berichtet kurz darauf von Gesprächen über einen Waffenstillstand.
01.12.2014	Die beiden Parteien Block Petro Poroschenko und Volksfront, die bei den Parlamentswahlen die besten Ergebnisse erzielt hatten, bieten dem Bürgermeister von Lwiw, Andrej Sadowij, den Posten des ersten Vizepremierministers an. Er führt die Partei Selbsthilfe an, die überraschend ca. 11 % der Wählerstimmen erhalten hatte. Sadowij lehnt das Angebot mit dem Hinweis auf seine Verpflichtungen als Bürgermeister ab.
01.12.2014	Bei Gefechten im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee kommen drei Soldaten ums Leben.
01.12.2014	Der Energiekonzern Kiewenergo kündigt wegen nicht ausreichender Versorgung mit Elektrizität eine Sparmaßnahme an. Unternehmen in der Kiewer Region, die nicht im Bereich der Daseinsfürsorge und der Bereitstellung lebenswichtiger Güter arbeiten, kann für bis zu zwei Stunden am Tag der Strom abgestellt werden.
02.12.2014	Präsident Petro Poroschenko erteilt drei Kandidaten auf Ministerposten mit ausländischem Pass die ukrainische Staatsbürgerschaft. Es sind die ukrainischstämmige Amerikanerin Natalja Jaresko, der Georgier Aleksandre Kwitaschwili und der Litauer Ajwaras Abramowitschus.
02.12.2014	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass die Regierung der Ukraine offiziell ihren blockfreien Status aufgeben wolle.
02.12.2014	Im ganzen Land wird ab heute nach Auskunft des Energiekonzerns Ukrenergo aufgrund von Engpässen in der Versorgung immer wieder vorübergehend der Strom abgeschaltet.
02.12.2014	Vier Zivilisten und zwei Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Gefechten ums Leben.
02.12.2014	Sowohl die Kämpfer der »Volksrepublik Luhansk« als auch die Separatisten in der Region Donezk erklären, sie hätten sich mit der ukrainischen Seite auf einen Waffenstillstand geeinigt. Die OSZE bestätigt die Absprache in Luhansk.
02.12.2014	Das Parlament ernennt die neue Regierung. Das Ministerium für Information, das im ukrainischen Sprachgebrauch bereits »Wahrheitsministerium« genannt wird, wird neu eingerichtet.
03.12.2014	Zwei Soldaten der ukrainischen Armee kommen ums Leben.
03.12.2014	Die Ukraine erhält den zweiten Teil des Hilfskredits der EU zur makroökonomischen Stabilisierung in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro.
03.12.2014	Das Pressezentrum der ukrainischen Armee veröffentlicht Informationen, nach denen im Krieg in der Ostukraine bereits 8000 Kämpfer der Separatisten ums Leben gekommen sind. Die UN beziffert dagegen die Gesamtzahl der Opfer auf ca. 4300, wobei die Dunkelziffer weit höher liegen könne.
04.12.2014	Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt ums Leben.
04.12.2014	Informationsminister Ihor Stez erklärt, sein neu eingerichtetes Ministerium sei nur für die Zeit nötig, in der sich die Ukraine im Krieg befinde.
05.12.2014	Sechs Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Gefechten ums Leben.
05.12.2014	Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Andrij Lysenko, wirft Russland weitere Waffenlieferungen an die Separatisten im Donbass vor. Am Vortag hätten sechs Tanklaster und zehn gepanzerte Fahrzeuge die russisch-ukrainische Grenze überquert. Darauf seien in kurzem Abstand zwei weitere Kolonnen mit Kriegsgerät gefolgt.
05.12.2014	Einer im Oktober getroffenen Abmachung gemäß überweist der ukrainische Energiekonzern Ukrenergo dem russischen Gazprom eine Vorauszahlung in Höhe von einer Milliarde US-Dollar.
06.12.2014	Präsident Petro Poroschenko kündigt ein weiteres Gespräch der Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und der OSZE an. Es soll am 9. Dezember 2014 in Minsk stattfinden.

06.12.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande, dass Russland für die territoriale Integrität der Ukraine eintrete. Er beklagt, dass sowohl die Kiewer Regierung als auch die Separatisten die Vereinbarungen von Minsk nicht einhalten würden.
06.12.2014	In Wynnyzja versammeln sich einige Tausend Demonstranten, darunter Aktivisten der rechtsradikalen Partei Freiheit, um gegen die regionalen Regierungsbeamten zu protestieren. Die Aktivisten beschuldigen die Beamten, sich nicht der »Lustration«, der Überprüfung auf Korruptionsdelikte zu stellen, und fordern den Rücktritt des Gouverneurs.
07.12.2014	Im Gebiet Luhansk kommen zwei Zivilisten ums Leben.
07.12.2014	Die Anführer der Separatisten der »Volksrepublik Donezk« erklären, dass sie nicht am vom Präsidenten Petro Poroschenko angesetzten Treffen in Minsk am 9. Dezember 2014 teilnehmen könnten. Sie fordern, das Treffen auf den 12. Dezember zu verschieben.
07.12.2014	Zwei Soldaten der ukrainischen Armee werden bei Gefechten getötet.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>; Russland: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>; Ukraine: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>; zentalasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>